



Protokoll der 11. Sitzung des Einwohnerrates

vom 24. September 2025, 17:00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Lukas Flüeler (GL), Markus Hügin (SVP), Yves Jenni (GLP), Sonja Niederhauser (EVP) und Marius Ziegler (SVP)

Abwesend: -

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

Die Interpellation «Parkieren in der Seestrasse» (Nr. 2025-57) wird vom Verfasser zurückgezogen. 2025-57

1. Protokoll der Ratssitzung vom 20.08.2025 -
://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 20. August 2025 wird einstimmig genehmigt.

2. Ersatzwahlen in Kommissionen Büro, BPK, FIKO, GPK, GOR 2025-53
://: Gemäss Vorschlag der Fraktionen werden einstimmig gewählt:

- Büro des Einwohnerrates (Büro):
Wunderlin Vreni (GLP/EVP) als Büro-Ersatzmitglied

- Bau- und Planungskommission (BPK):
Grieder Thomas (SP) als BPK-Mitglied

- Finanzkommission (FIKO):
Bischofberger Jonas (SP) als FIKO-Mitglied
Fluri Simon (FDP/Mitte) als FIKO-Mitglied

- Geschäftsprüfungskommission (GPK):
Eugster Thomas (FDP/Mitte) als GPK-Mitglied
Grieder Thomas (SP) als GPK-Ersatzmitglied

- Gemeindeordnung und Reglemente (GOR):
Jenni Yves (GLP/EVP) als GOR-Präsident
Schwörer Daniel (FDP/Mitte) als GOR-Mitglied
Fischer Werner (FDP/Mitte) als GOR-Ersatzmitglied

3. Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli – Zonenplan Siedlung, Mutation «Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli inkl. Einmündungsbereich Rösernbach»: Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung 2025-41
://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Mutation «Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli inkl. Einmündungsbereich Rösernbach», bestehend aus dem Situationsplan Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli 1:2000 vom 09.04.2025. 2025-41a

- | | | |
|-----|--|---|
| 4. | <p>Wohnungsexperten-Reglement – Bericht der GOR zum neuen Reglement über den/die Wohnungsexperten/in (Amtliche Wohnungsabnahmen)</p> <p><i>://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig das Reglement über den/die Wohnungsexperten/in (Amtliche Wohnungsabnahmen) gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2025-48 mit den zuvor beschlossenen Änderungen.</i></p> | <p>2025-48
2025-48a</p> |
| 5. | <p>Brücke Weiermattstrasse – Brücke Weiermattstrasse, Obj. 1: Kreditvorlage für die Instandsetzung der Brücke (Einwohnerkasse) und den Wasserleitungersatz (Wasserkasse)</p> <p><i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i></p> | <p>2025-58</p> |
| 6. | <p>Nichtformulierte Volksinitiative «Für eine verbesserte Sichternstrasse beim Bahnhof»</p> <p><i>://: Die stadträtliche Vorlage betreffend der nichtformulierten Gemeindeinitiative «Für eine verbesserte Sichternstrasse beim Bahnhof» wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i></p> | <p>2025-61</p> |
| 7. | <p>Gebundene und freie Ausgaben – Postulat «Das Budget besser verstehen: Information über gebundene und freie Ausgaben» von Richard Gafner der FDP/Mitte-Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion</p> <p><i>://: Das Postulat «Das Budget besser verstehen: Information über gebundene und freie Ausgaben» von Richard Gafner der FDP/Mitte-Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.</i></p> | <p>2025-50</p> |
| 8. | <p>Familienzentrum – Interpellation «Zukunft des Familienzentrums Liestal sichern – niederschwellige Familienangebote erhalten» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion</p> <p><i>Die Interpellation «Zukunft des Familienzentrums Liestal sichern – niederschwellige Familienangebote erhalten» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i></p> | <p>2025-51</p> |
| 9. | <p>Umnutzung Kindergarten Schwieri – Interpellation «Umnutzung KG Schwieri» von Richard Gafner der FDP/Mitte-Fraktion</p> <p><i>Die Interpellation «Umnutzung KG Schwieri» von Richard Gafner der FDP/Mitte-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i></p> | <p>2025-52</p> |
| 10. | <p>Solarstrompotenzial – Bericht Stadtrat zu Postulat «Solarstrompotenzial der öffentlichen Gebäude nutzen» von Anita Baumgartner namens der Grünen Fraktion</p> <p><i>://: Die Antwort des Stadtrats auf das Postulat gemäss Vorlage Nr. 2023-192a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>://: Einstimmig wird das Postulat „Solarstrompotenzial der öffentlichen Gebäude nutzen“ von Anita Baumgartner namens der Grünen Fraktion als erfüllt abgeschrieben.</i></p> | <p>2023-192
2025-38
2023-192a</p> |
| 11. | <p>Sicherheit in Liestal – Bericht Stadtrat zu Postulat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Bekämpfung der Kriminalität in Liestal von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion</p> | <p>2024-15
2024-15a</p> |

://: Der stadträtliche Bericht zum Postulat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Bekämpfung der Kriminalität in Liestal von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.

://: Mit 17 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Stadtrat mit der Übertragung der Ordnungsbussenkompetenz an dafür nachweislich qualifizierte Dritte mit tadellosem Leumund ermächtigt. Gemäss Änderungsantrag der SP-Fraktion hat der Stadtrat jährlich im Amtsbericht über diese Übertragung und die praktische Anwendung der Ordnungsbussenkompetenz durch Dritte zu berichten.

- | | | |
|-----|--|---------------------|
| 12. | Plastikverpackungen-Kreislauf – Bericht Stadtrat zu Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-26
2024-26a |
| 13. | Elterntaxis – Postulat «Elterntaxis belagern die Schulhäuser» von Benjamin Erni der GLP/EVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2025-54 |
| 14. | Raumbedarf und flexible Arbeitsplätze – Postulat «Reduktion des Raumbedarfs durch flexible Arbeitsplätze» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion und Anita Baumgartner der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2025-55 |
| 15. | Schwieri-Passerelle – Postulat «Signalisation Schwieri-Passerelle als Fussweg mit Zusatz "Velos gestatten"» von Anita Baumgartner und Andreas Sutter der Grünen Fraktion, Alexandra Muheim der SP-Fraktion und Yves Jenni der GLP/EVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2025-56 |
| 16. | Parkieren in Seestrasse – Interpellation «Unerlaubtes Parkieren vor dem Denner in der Seestrasse (Begegnungszone)» von Markus Hügin der SVP-Fraktion
<i>Rückzug von Vorstoss durch Verfasser.</i> | 2025-57 |

Ratspräsident Philipp Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder, die Medienvertreter sowie die Gäste zur heutigen Sitzung.

Die Namen der entschuldigten Ratsmitglieder werden verlesen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert über folgende Punkte:

- Letztmals werden Einwohnerrätin Alexandra Muheim (SP) sowie Einwohnerrat Florian Sennhauser (FDP) der heutigen Einwohnerratssitzung beiwohnen. Bereits an dieser Stelle wünscht er ihnen alles Gute für die Zukunft und dankt ihnen nochmals für die geleisteten Arbeiten im Dienst der Öffentlichkeit.
- Das von Einwohnerrat Jacques Heller (SP) eingegangene Rücktrittsschreiben vom 16. September 2026 wird verlesen:

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat von Liestal auf Ende Oktober. Mit dem Erreichen meines 65. Altersjahres ist für mich der richtige Zeitpunkt gekommen, meine politische Arbeit im Rat an Nachrückende weiterzugeben. Ich weiss, dass auf der SP-Liste motivierte und kompetente Personen bereitstehen, um diese Aufgabe zu übernehmen.

Während meiner Zeit im Einwohnerrat durfte ich wertvolle Einblicke in die Arbeit der Verwaltung, der Kommissionen und des Rates selbst gewinnen. Zudem hatte ich die Gelegenheit, über die Parteigrenzen hinweg gute persönliche Kontakte zu knüpfen und Menschen kennenzulernen, deren Engagement und Freundlichkeit ich schätze.

Mein Fazit: Liestal wird aus meiner Sicht sehr gut verwaltet und politisch umsichtig geführt. Allen, die im Stadtrat, im Einwohnerrat und in der Verwaltung sich für unsere Stadt einsetzen, danke ich herzlich für ihr Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit.

Jacques Heller

- Mit Schreiben vom 18.09.2025 hat ebenfalls Einwohnerrätin Vreni Baumgartner (GL) ihren Rücktritt per 30. September 2025 erklärt:

*Geschätzter Präsident, lieber Philipp
Liebe Kolleginnen und Kollegen*

Als ich Anfang 2014 in den Einwohnerrat nachgerückt bin, sah Liestal – und dieser Rat – noch ganz anders aus. Vieles hat sich in diesen Jahren verändert, so auch mein Leben: Ich habe mein Studium abgeschlossen, bin in die Arbeitswelt eingestiegen und habe eine Familie gegründet. Mir wird zunehmend bewusst, dass Politik derzeit keinen Raum in meinem Leben hat. Deswegen habe ich mich dazu entschieden, auf Ende September aus dem Rat zurückzutreten. Ich schaue auf eine lehrreiche und spannende Zeit zurück und freue mich auf mehr freie Abende mit meiner Familie.

Mit besten Grüssen Vreni Baumgartner

- Die Büro-Mitglieder möchten sich in der Pause beim Ratspräsidium zu einer kurzen Besprechung einfinden.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die Sitzung dauert bis ca. 20:00 Uhr und wird um ca. 18:30 Uhr durch eine kurze Pause unterbrochen.
- Stadtpräsident Daniel Spinnler sowie Stadtrat Daniel Muri werden die heutige Sitzung um ca. 18:30 Uhr verlassen. Deren Geschäfte werden nach ihrem Weggang durch Vize-Stadtpräsidentin Marie-Theres Beeler vertreten.
- Der heutige interfraktionellen Restaurant-Besuch findet im Anschluss an die Sitzung im Restaurant Portofino statt. Die Teilnehmerzahl wird er vorgängig der Sitzungspause erheben.

Neue persönliche Vorstösse

- Natur im Siedlungsraum – Interpellation betreffend Infoanlässen «Natur im Siedlungsraum» von Andreas Sutter der Grünen Fraktion (Nr. 2025-59)
- Kommunikation – Postulat «Kommunikation der Stadtverwaltung» Alexandra Muheim der SP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser und Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2025-60)
- Begegnungszonen-Strassenoberflächen – Postulat «Farbliche Gestaltung der Strassenoberflächen in Begegnungszonen» von Jonas Bischofberger und Bernhard Bonjour der SP-Fraktion und Matthias Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2025-66)

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler hat zwei Mitteilungen zu machen. Die erste betrifft die Tiergartenstrasse. Eine bauliche Entschärfung der Steigung der Strasse wurde im Einwohnerrat ja abgelehnt. Die SBB hat ihre Entschädigung für das nicht plangemässe Bauen der Tiergartenstrassen in Höhe von CHF 165'000.-- mittlerweile überwiesen.

Die zweite Mitteilung betrifft den Bau der Begegnungszone der Sichternstrasse. Bereits während dem Bau, als die Maschinen noch dort standen und die Ränder noch nicht abgeschlossen waren, sind immer wieder Reklamationen eingegangen, dass die Begegnungszone eine Schikane ist und nichts taugt. Der Stadtrat hat dann versichert, Situation nach einem Jahr zu überprüfen, um zu sehen, was man machen kann und was es überhaupt benötigt, um die Begegnungszone wirklich als gefahrenfreien Verkehrsraum gestalten zu können. Wie ihr vielleicht auf der Homepage der Stadt schon gelesen habt, wird jetzt eine Korrektur umgesetzt. Das eine ist die Veränderung des Neigewinkels der Schwelle, wenn man von oben runterfährt. Die Schwelle bleibt gleich hoch, man fährt aber viel flacher darauf zu, damit man hier keinen Druck mehr spürt, wenn man auch wirklich abbremst. Die Schwelle wird zudem durch ein Schachbrettmuster sichtbar gemacht. Das Zweite ist die farbliche Gestaltung der Strassenfläche, die vor allem von Fussgängerinnen und Fussgängern benützt wird, damit man diese gut sieht. Der Einwohnerrat hat hierzu auch bereits einen Vorstoss eingereicht. Das sind zwei Massnahmen, die aus dem Budget für den Strassenunterhalt umgesetzt werden können. Sie werden beide von der Kantonspolizei als möglich eingeschätzt, es spricht also nichts gegen die Entschärfung sowie die Markierung der Schwellen mit einem Schachbrettmuster. Zur farblichen Gestaltung sagt diese nicht, dass die Massnahme erforderlich wäre, diese aber grundsätzlich in Betracht gezogen werden kann.

Stadtrat Daniel Muri hat eine Mitteilung zum QP Am Orisbach. Nach längeren und intensiven Verhandlungen mit der Post ist es jetzt gelungen, dass diese eingelenkt hat und die Gebäudehöhe um 2 Meter reduziert wird: Also von 25 Meter auf 23 Meter ab dem Niveau Postplatz. Das freut uns. Wir hoffen, dass es wieder einen Schwung in die Debatte bringt respektive einige Gemüter besänftigt werden. Eine Medienmitteilung mit einem genauen Beschrieb kommt morgen oder übermorgen.

Stadträtin Pascale Meschberger hat noch eine Mitteilung zur Mühlemattstrasse und dem Baustellenverkehr. Ihr habt es in den Medien oder wahrscheinlich in den sozialen Medien gesehen: Das Mühlemattschulhaus ist wegen der Verkehrssicherheit zum Thema geworden. Vorab folgendes: Auch der Stadtrat hat Mühe damit, wenn sich die Verkehrsteilnehmenden nicht an die Verkehrsregeln halten. Auch die Bauherrschaft hat sich an die Vorgaben zu halten, wie eine Baustelle abzusichern ist. Hier geht es nun vor allem um das neue Parkhaus. Gerade im Zeitraum des Aushubes ist ein Lastwagen nach dem anderen nach hinten gefahren, was natürlich zu Problemen geführt hat. Interessanterweise ist dies am Elternabend aber nicht gross angesprochen worden. Es scheint entsprechend kein grosses Thema gewesen zu sein. Unterdessen läuft es scheinbar gut. Nachdem man mehrfach nachgehakt hat, hat es nun auch bei der Hauptseite Lotsen die aufpassen, wenn die Schülerinnen und Schüler kommen.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet, um eine persönliche Erklärung oder Fraktionserklärung abgeben zu können.

Traktandenliste

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass vom Verfasser die *Interpellation «Parkieren in der Seestrasse» (Nr. 2025-57)* zurückgezogen wurde, was den Ratsmitgliedern mit E-Mail des Ratsschreibers vom 16.09.2025 mitgeteilt wurde.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt vom Rückzug der Interpellation Nr. 2025-57 betreffend unerlaubtem Parkieren vor dem Denner in der Seestrasse (Begegnungszone) durch den Verfasser Kenntnis.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 10. September 2025 einstimmig beschlossen.

1. Protokoll der Ratssitzung vom 20.08.2025

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind und das Büro deshalb die Protokoll-Genehmigung beantragt.
Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 20. August 2025 wird einstimmig genehmigt.

2. Ersatzwahlen in Kommissionen Büro, BPK, FIKO, GPK, GOR (Nr. 2025-53)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die nominierten Ratsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden können.

Aus dem Einwohnerrat werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Gemäss Vorschlag der Fraktionen werden einstimmig gewählt:

- **Büro des Einwohnerrates** (Büro)

Wunderlin Vreni (GLP/EVP) anstelle von Hügli Corinne (GLP/EVP) als Büro-Ersatzmitglied

- **Bau- und Planungskommission** (BPK)

Grieder Thomas (SP) anstelle von Bischofberger Jonas (SP) als BPK-Mitglied

- **Finanzkommission** (FIKO)

Bischofberger Jonas (SP) anstelle von Muheim Alexandra (SP) als FIKO-Mitglied

Fluri Simon (FDP/Mitte) anstelle von Sennhauser Florian (FDP/ Mitte) als FIKO-Mitglied

- **Geschäftsprüfungskommission** (GPK)

Eugster Thomas (FDP/Mitte) anstelle von Fluri Simon (FDP/Mitte) als GPK-Mitglied

Grieder Thomas (SP) anstelle von Muheim Alexandra (SP) als GPK-Ersatzmitglied

- **Gemeindeordnung und Reglemente** (GOR)

Jenni Yves (GLP/EVP) anstelle von Hügli Corinne (GLP/EVP) als GOR-Präsident

Schwörer Daniel (FDP/Mitte) anstelle von Fluri Simon (FDP/Mitte) als GOR-Mitglied

Fischer Werner (FDP/Mitte) anstelle von Sennhauser Florian (FDP/Mitte) als GOR-Ersatzmitglied

3. Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli – Zonenplan Siedlung, Mutation «Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli inkl. Einmündungsbereich Rösernbach»: Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2025-41)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Dieses Geschäft ist gemäss § 79 des ER-Geschäftsreglements 2-fach zu beraten. Nach der 1. Lesung an der Ratssitzung vom 20. August 2025 wird im Anschluss an die heutige 2. Lesung bzw. Beratung über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der BPK abgestimmt.

Simon Fluri (FDP) erklärt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass die Vorlage zum Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli in seiner Fraktion immer noch auf Zustimmung stösst. Seit der ersten Lesung sind bei der FDP/Mitte-Fraktion keine weiteren Punkte zur Klärung aufgetaucht. Daher werden wir dieser Mutation zustimmen.

Stadtrat Daniel Muri dankt für die gute Aufnahme im Einwohnerrat und hat keine weiteren Ergänzungen anzubringen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über den stadträtlichen Antrag beschliessen lässt, welcher von der BPK unterstützt wird.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Mutation «Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli inkl. Einmündungsbereich Rösernbach», bestehend aus dem Situationsplan Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli 1:2000 vom 09.04.2025.

4. Wohnungsexperten-Reglement – Bericht der GOR zum neuen Reglement über den/die Wohnungsexperten/in [Amtliche Wohnungsabnahmen] (Nr. 2025-48)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Markus Rudin (SVP) stellt als Vizepräsident den GOR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2025-48a vor: Am 25. Juni 2025 ist in der Einwohnerratssitzung das Wohnexperten-Reglement an die GOR überwiesen worden. Die GOR hat das Reglement an einer Sitzung beraten. Stadtrat Daniel Muri und Bereichsleiter Thomas Noack haben den Entwurf des Reglements vorgestellt. Die GOR hat das Reglement diskutiert, Anpassungen vorgenommen und schlägt einige Änderungen vor. Zunächst noch ein Hinweis: Das Dokument ist eigentlich nur in männlicher Form verfasst gewesen, wir haben es dann aber genderneutral und korrekt angepasst. Neu heisst das Reglement «Reglement über den/die Wohnungsexperten/in [Amtliche Wohnungsabgaben].» Kommen wir nun zur Beratung und den Änderungsanträgen: Die § 1 und 2 wurden beibehalten. Diese waren gut und die GOR hat keine Änderungen gemacht. Den § 3 hat man gendergerecht angepasst. Nach Diskussionen mit dem Stadtrat und dem Bereichsleiter hat die GOR vorgeschlagen, bereits hier festzuhalten, welchem Geschäftsbereich der Verwaltung die Experten zugeteilt sind. Ansonsten hätte man angerufen und die Verwaltung hätte allfällig nicht gewusst, wer zuständig ist. So ist dies nun sauber geregelt. Damit dann auch Personen kommen, die Ahnung haben, haben wir den Bereich Hochbau/Planung festgelegt. Die Bestimmung lautet nun: «Der Stadtrat bestimmt den Bereich Hochbau/Planung für das Erfassen des Zustandes von Wohn- und Geschäftsräumen (Beweisaufnahme).» Bei § 4 haben wir auch eine Anpassung vorgenommen, um die Arbeit der Verwaltung zu vereinfachen. Die GOR hat vorgeschlagen, dass man sich mindestens zwei Wochen vor der Wohnungsabgabe bei der Stadt melden muss, um einen Termin zu vereinbaren. Es kann ja nicht sein, dass man am Morgen anruft und sagt: «Wir stehen hier bereit und es sollen schnell zwei von euch vorbeikommen und euch dies ansehen, wir sind uns nicht einig.» Deswegen haben wir das dort geändert. Bei § 4 Absatz 4 soll es deshalb heissen: «Eine Wohnungsabnahme ist frühzeitig, mindestens aber 14 Tage vor dem gewünschten Termin, dem zuständigen Bereich der Verwaltung in schriftlicher Form zu stellen.» Auch hier ist wieder der zuständige Bereich erwähnt, damit es nicht irgendwo verloren geht. Die Zeiten, ob solche Abnahmen nur am Morgen oder auch am Nachmittag stattfinden sollen, haben wir ebenfalls lange diskutiert. Zum Schluss hat die GOR es aber bei der vorgeschlagenen Formulierung belassen. Bei den Gebühren in § 5 haben wir zunächst auch noch diskutiert, was wir hier machen sollen. Wir waren uns dann aber einig, dass der Stadtrat dies in einer Verordnung selbst festlegen soll. Er weiss am besten Bescheid und kann es dann auch ändern, wenn es zum Beispiel mehr Aufwand gibt. Dann noch zum § 6, den Schlussbestimmungen. Dort haben wir einfach im Absatz 1 «Der Stadtratsbeschluss Nr. 98-124 vom 29.09.98 wird mit Inkrafttreten dieses Reglements aufgehoben.» geschrieben. Und nun zum Antrag der GOR: Die GOR beantragt dem Einwohnerrat einstimmig das Reglement über den/die Wohnungsexperten/in [Amtliche Wohnungsabgaben] mit den beantragten Änderungen der GOR zu beschliessen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert darüber, dass der Stadtrat nicht alle GOR-Anträge unterstützt und dieser deshalb die stadträtlichen Anträge kurz begründen möchte. Die Abweichungen der GOR-Anträge zu den Stadtratsanträgen sind in einer Synopse gelb markiert, welche von Vizepräsident Lukas Heinzelmann (SVP) projiziert wird.

Stadtrat Daniel Muri führt aus, dass der Stadtrat an der Formulierung «Der Stadtrat delegiert das Erfassen des Zustandes von Wohn- und Geschäftsräumen (Beweisaufnahmen) an den zuständigen Geschäftsbereich der Verwaltung» festhält. Dies mit der einfachen Begründung, dass so die Flexibilität erhalten bleibt. In einigen Jahren könnte die Wohnungsabnahme auch ein anderer Bereich machen, nicht lediglich der Bereich Hochbau/Planung. Vielleicht könnte auch die Abteilung Sicherheit/Soziales solche Abnahmen machen oder einmal die inneren Dienste etc. Das Reglement müsste dann nicht wieder abgeändert werden. Wir haben das

auch lange diskutiert, aber die Formulierung «an den zuständigen Geschäftsbereich der Verwaltung» ist dann einfach klar. Zudem handhaben wir das auch in anderen Reglementen mit der gleichen Formulierung so. Der zweite Antrag betrifft § 4, dass der Antrag frühzeitig, mindestens aber 14 Tage vor dem gewünschten Termin dem zuständigen Bereich schriftlich zu stellen sei. Wenn jemand anruft und ein Termin vereinbart wird, wird das immer mindestens per Mail noch bestätigt. Dann haben wir es auch wieder schriftlich. Die Formulierung dieser reglementarischen Bestimmung soll gemäss GOR nicht mehr ganz zeitgemäss sein, doch ist der Stadtrat der Meinung, dass dies vollkommen genügt und diese nicht noch mit Unnötigem ergänzt werden.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) erkundigt sich bei GOR-Vizepräsident Markus Rudin (SVP), ob sich dieser zu den stadträtlichen Anträgen an dieser Stelle oder aber erst später bei der Abstimmung äussern möchte.

Markus Rudin (SVP) hält als GOR-Vizepräsident fest, dass die durch den Stadtrat beantragten Punkte zwei Sachen betreffen, welche die GOR ebenfalls länger diskutiert hat. Es ist jetzt etwas eigenartig, denn die GOR hat sich dann geeinigt und die Änderungen einstimmig beschlossen. Warum dies jetzt doch wieder geändert werden soll, weiss er nicht.

Stadtrat Daniel Muri führt aus, dass er als delegierter Stadtrat an der GOR-Sitzung nicht befugt ist, allein einen Entscheid zu treffen. Er kann mit beidem leben, aber es ist nicht falsch und deshalb haltet der Stadtrat an diesem Antrag fest. Wir haben es auch noch einmal diskutiert und halten an der stadträtlichen Version fest.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass es für das Reglement gesetzlich eigentlich nur 2 Aufträge gibt: Der Stadtrat muss eine Expertin oder einen Experten bestimmen und die Gebühren müssen festgelegt werden. Das wird jetzt in einer Verordnung gemacht, damit man flexibel ist. Die GOR ist damit einverstanden und hat noch zwei Sachen eingefügt. Zum einen, dass es zwei Leute braucht, die jeweils kommen. Da stellten wir von der SP-Fraktion ein Fragezeichen dahinter, ob es wirklich immer 2 braucht oder ob das nicht ein zu grosser Aufwand ist. Hier wurde uns von der Verwaltung bestätigt, dass sie gerne 2 Leute schicken würden und das akzeptieren wir so. Selbstverständlich ist, dass die Expertise nur dann verlangt werden kann, wenn es in die Arbeitszeit der Verwaltung fällt. Hier machen wir auch ein Fragezeichen dahinter, warum dies nicht an einem Nachmittag gemacht werden kann, wenn die Verwaltung doch nachmittags ebenfalls arbeitet. Aber auch hier folgen wir dem Wunsch der Verwaltung, das auf den Morgen zu beschränken. Wenn der Stadtrat den Antrag stellt, dass auf die schriftliche Antragsstellung verzichtet werden kann, hat die SP-Fraktion nichts dagegen und stimmt dem Antrag des Stadtrates zu. Zum § 3 hat die SP-Fraktion ein bisschen mehr zu sagen. Die Formulierung, die der Stadtrat vorstellt, die verstehe man einfach nicht. Da steht, man würde irgendetwas delegieren, doch weiss man nicht, was delegiert werden soll. Der Stadtrat muss nur einen Experten oder eine Expertin bestimmen, delegieren kann man dort eigentlich nichts. Dass man es an die zuständige Verwaltungsstelle delegiert, macht nicht ganz Sinn. Wenn die Verwaltungsstelle bereits zuständig ist, muss man sie eigentlich nicht mehr nennen. Die Formulierung müsste eher heissen «Der Stadtrat bestimmt jemanden und erklärt ihn dann für zuständig». Erst dann ist man zuständig. Die Formulierung ist einfach sehr ungeschickt und konnte mir auch nicht wirklich erklärt werden. Deshalb haben wir die andere Formulierung gewählt. Wenn es euch wichtig ist, und die Juristen bestätigt dies auch bei uns, dass man nicht nennt, wer zuständig ist und so Flexibilität beibehaltet, dann können wir das auch so akzeptieren. Entsprechend ist eine grosse Mehrheit der SP-Fraktion dafür, dass man die alte Formulierung des Stadtrates so belässt. Es wird jedoch die Bitte geäussert, diese Formulierung zu überdenken. Uns ist einfach gesagt worden, dass diese Formulierung so auch in anderen Reglementen enthalten ist. Wenn die Formulierung aber nicht wirklich verständlich ist, dann hat es keinen Sinn, sie jetzt immer wieder so zu wiederholen. Wir bitten den Stadtrat, wirklich nochmals darüber nachzudenken und eine bessere Formulierung dafür zu finden. Im Übrigen finde ich es gut, dass wir jetzt neu wieder Juristen haben in der GOR, das

ist wichtig. Es ist aber ebenfalls wichtig, dass es auch noch Leute in der GOR gibt, die diesen Juristen wirklich auch kritisch auf die Finger schauen.

Simon Fluri (FDP) bedankt sich als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion zunächst beim Stadtrat und der Verwaltung für das Ausarbeiten dieses Reglements sowie die konstruktiven Diskussionen, die in der GOR geführt worden sind. Ebenfalls vielen Dank an die GOR und an den Vizepräsidenten für die geleistete Arbeit. Die FDP/Mitte-Fraktion kann sich den meisten Änderungen der GOR anschliessen, ausser bei § 3. Wie hier bereits schon diskutiert worden ist, würden wir auf jeden Fall am Antrag des Stadtrates festhalten. Ich denke auch beim anderen Antrag können wir demjenigen des Stadtrates folgen. Es ist nicht sehr stark diskutiert worden in unserer Fraktion, daher werden wir dem zustimmen können.

Andreas Sutter (GL) stellt als Sprecher der Grünen Fraktion fest, dass sich auch die Grüne Fraktion den Worten von Simon Fluri (FDP) ein Stück weit anschliessen kann. Wir unterstützen den Antrag der GOR mit Ausnahme des § 3. Aber auch wir werden damit leben können, wenn sich der Stadtrat durchsetzen möchte.

Domenic Schneider (GLP) meint als GLP/EVP-Fraktionssprecher, dass die GLP/EVP-Fraktion in Bezug auf den § 3 sicher das unterstützen wird, was der Stadtrat beantragt. Das ist das Einzige, was Sinn macht, weil einfach eine gewisse Flexibilität auch da sein muss. Vielleicht heissen die Departemente in der Zukunft anders oder vielleicht werden neue Departemente geschaffen oder Aufgaben verschoben. Wir wollen nicht monatlich über Reglementsänderungen und Zuweisungen diskutieren. Dann zu § 4 betreffend die Schriftlichkeit: Dort könnte man jetzt den Artikel 13 OR nehmen, der ganz klar definiert, dass Schriftlichkeit auf Papier mit Unterschrift ist. Wir sind im Jahr 2025, vielleicht gibt es ja wie bei der Raumbewirtschaftung auch bei Wohnungsabgaben eine Möglichkeit, online per Klick einen Raum respektive einen Termin zu buchen. Überlassen wir doch das bitte der Verwaltung, ob sie das per Telefon, per Brief, per E-Mail oder wie auch immer entgegennehmen will. Ansonsten werden wir den Anträgen folgen.

Daniel Jurt (SVP) hält fest, dass die SVP-Fraktion grundsätzlich den Anträgen der GOR folgen wird. Wir haben das auch diskutiert betreffend die Terminvereinbarung. Da muss man wahrscheinlich relativ flexibel sein. Wie Domenic Schneider (GLP) dies schon gesagt hat, kann dies beispielsweise online, über das Telefon oder per E-Mail sein. Wichtig ist einfach, dass nicht erst zwei Stunden vorher ein Termin vereinbart wird. Dass man da irgendeine Frist setzt, mit dem können wir leben. Seine Fraktion wird grossmehrheitlich den GOR-Anträgen folgen.

Stefan Fraefel (Mitte) erklärt als Einzelsprecher, dass wenn in einem Gesetz „schriftlich“ steht, der Gesetzgeber ein ausgedrucktes Blatt Papier oder einen handschriftlichen Antrag mit einer handschriftlichen Unterschrift meint, die man dann persönlich abgibt oder auf die Post bringt. Oder aber es ist eine Eingabe mit einer qualifiziert digitalen Signatur eines anerkannten Prüfanbieters gemeint, die über eine Plattform übermittelt wird, bei der man sich registrieren muss und die auch staatlich zugelassen und geprüft sein muss. Ein Formular im Internet ausfüllen oder eine E-Mail schreiben ist nicht schriftlich. Braucht es das wirklich, wenn man von der Verwaltung einen Termin braucht für eine Wohnungsabnahme? Ich hoffe doch schwer nicht. Und der zweite Punkt betrifft § 3. Bernhard Bonjour (SP) hat gesagt, das ist ein bisschen schwer verständlich. Ja, das ist es, man muss hier halt ein bisschen ausholen. Es ist die Aufgabe der Gemeinde, einen solchen Wohnungsexperten zu stellen. Die Aufgabe vollzieht grundsätzlich der Stadtrat. Jetzt ist ja nicht unbedingt die Idee, dass der Stadtrat dies persönlich macht. Also muss man dem Stadtrat die Kompetenz einräumen, dass er das auch delegieren kann. Darum steht im § 3 eben, dass dies an den zuständigen Geschäftsbereich delegiert wird, der unter Umständen auch einmal ändern kann. Im Übrigen ist der Stadtrat sowieso von seinen Kompetenzen her und durch die Gewaltenteilung dazu befugt, Änderungen vorzunehmen. Das muss nicht der Gesetzgeber vorgeben. Letztlich erachte ich die Bestimmung der GOR sogar als verunglückt, wenn man sie inhaltlich so machen würde. Wenn wir im Reglement schreiben, der Stadtrat würde den Bereich Hochbau/Planung bestimmen, dann stimmt

das schlicht nicht. Vielmehr hätten wir als Einwohnerrat das bestimmt. Man müsste es dann so schreiben, dass der Bereich Hochbau/Planung zuständig ist und wir dementsprechend die Kompetenz des Stadtrates wegnehmen. Deshalb bitte ich euch, den Anträgen des Stadtrates zu folgen. Damit habe ich auch meine Jus-Vorlesung geschlossen.

Stadtrat Daniel Muri bedankt sich für die klärenden Worte und die interessante Debatte. Ergänzungen hat er keine.

ABSTIMMUNGEN

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und wir kommen nun zur Detailberatung.

Für die Detailberatung und Beschlussfassung sind die Anträge des Stadtrates sowie der GOR in einer Synopse aufgezeigt, welche auf den Bildschirmen und auch auf dem Beamer aufgeschaltet ist. Wir gehen jetzt Paragraf für Paragraf durch und bei widersprüchlichen Anträgen lässt er darüber abstimmen. Wir gehen aber alle Paragrafen durch und allfällige Anträge müssten mit dem dafür vorgesehenen rosaroten Formular gestellt werden. Grundlage bilden jeweils die stadträtlichen Anträge. Am Schluss machen wir noch eine Haupt- bzw. Schlussabstimmung.

Titel / Ingress

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass der Stadtrat seine Variante «Reglement über den Wohnungsexperten (Amtliche Wohnungsabnahmen)» zurückgezogen hat und somit nur der GOR-Antrag mit der Reglementsbezeichnung «Reglement über den/die Wohnungsexperten/in (Amtliche Wohnungsabnahmen)» zur Debatte steht. Somit muss über diesen auch nicht abgestimmt werden, nachdem keine Wortbegehren angemeldet werden.

§ 3 Bestimmung der Expertin, des Experten

Ratspräsident Philipp Franke (GL) kann gemäss soebigen stadträtlichen Mitteilung darüber informieren, dass der Stadtrat sich mit der Titel-Bezeichnung gemäss GOR-Antrag einverstanden erklären kann.

Der Stadtrat hält aber an der Formulierung der reglementarischen Bestimmung «Der Stadtrat delegiert das Erfassen des Zustands von Wohn- und Geschäftsräumen (Beweisaufnahmen) an den zuständigen Geschäftsbereich der Verwaltung.» fest. Der GOR-Antrag lautet: «Der Stadtrat bestimmt den Bereich Hochbau/Planung für das Erfassen des Zustands von Wohn- und Geschäftsräumen (Beweisaufnahmen).».

Er kann feststellen, dass zu den beiden Anträgen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag stimmen 32 Ratsmitglieder und dem GOR-Antrag 2 Ratsmitglieder zu, 1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme.

§ 4 Tätigkeit (Abs. 4)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) verliest die beiden abweichenden Formulierungen beziehungsweise Anträge bei Abs. 4:

Antrag Stadtrat: «Der Antrag auf Wohnungsabnahme ist frühzeitig, mindestens aber 14 Tage vor dem gewünschten Termin, dem zuständigen Bereich der Verwaltung zu stellen.»

Änderungsantrag GOR: «Der Antrag auf Wohnungsabnahme ist frühzeitig, mindestens aber 14 Tage vor dem gewünschten Termin, dem zuständigen Bereich der Verwaltung in schriftlicher Form zu stellen.».

Er kann feststellen, dass zu den beiden Anträgen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag stimmen 34 Ratsmitglieder zu, der GOR-Antrag wird von keinem Ratsmitglied unterstützt und ein Ratsmitglied enthält sich der Stimme.

§ 6 Schlussbestimmungen (Abs. 1)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass der Stadtrat den GOR-Antrag ebenfalls unterstützt beziehungsweise an seiner ursprünglichen Formulierung nicht festhält. Somit muss über diesen auch nicht abgestimmt werden, nachdem keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Schlussabstimmung

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass er nun über das neue Reglement mit den zuvor beschlossenen Änderungen in der Schlussabstimmung abstimmen lässt, da keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig das Reglement über den/die Wohnungsexperten/in (Amtliche Wohnungsabnahmen) gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2025-48 mit den zuvor beschlossenen Änderungen.

5. Brücke Weiermattstrasse – Brücke Weiermattstrasse, Obj. 1: Kreditvorlage für die Instandsetzung der Brücke (Einwohnerkasse) und den Wasserleitungsersatz (Wasserkasse), (Nr. 2025-58)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung zu überweisen.

Vreni Wunderlin (GLP) erklärt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion, dass die Instandsetzung zur Erhaltung der Brücke Weiermattstrasse nötig ist. Bereits 2016 ist der Zustand als schlecht beurteilt worden. Eine Gesamtbeurteilung liegt vor und die achte Hauptinspektion der Tragkonstruktion hat genauere Kenntnisse betreffend dem momentanen Bauwerkzustand gebracht. Das sind die Grundlagen für das vorliegende Massnahmenpaket. Es ist ein grosser finanzieller Brocken. Ihre Fraktion stimmt der Überweisung an die BPK einstimmig zu.

Matthias Holinger (GL) führt als Sprecher der Grünen Fraktion aus, dass auch die Grüne Fraktion für die Überweisung an die BPK ist. Wenn man die Vorlage so durchliest, ist die Notwendigkeit für eine Sanierung dieser Brücke wohl unbestritten. Trotzdem denke ich, ist es wichtig, dass sich die BPK das noch ein bisschen genauer anschaut und sich erklären lässt, was genau geplant ist. Beim durchlesen der Vorlage ist bei ihm noch die Frage aufgetaucht, wie viele andere Brücken und Bauwerke sind noch im Besitz der Stadt Liestal, die in einem ähnlichen Zustand sind? Vielleicht könnte man bei der Vorberatung bezüglich dieser Frage noch Interessantes erfahren.

Peter Küng (SP) teilt als SP-Fraktionssprecher mit, dass man das Geschäft auch an die BPK überweisen möchte. Das Erhalten von Infrastruktur ist richtig und wichtig. Man hat jetzt diese Brücke schon recht lange herausgeschoben und es ist wichtig, dass wir das nun machen. Es ist auch wichtig, dass sich die BPK das anschaut, denn wir sprechen hier von über 1 Mio. Franken.

Markus Rudin (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass auch seine Fraktion für die Überweisung an die BPK ist. Wir möchten gerne anregen, dass geschaut und abgeklärt wird, wie es mit den parkierten Autos aussieht, die den ganzen Tag dort stehen. Das sind wohl schon gegen 25 bis 30 Tonnen an Gewicht und diese Brücke dürfte eine Tragkraft von 28 Tonnen haben.

Werner Fischer (FDP) macht es als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion kurz und stellt fest, dass seine Fraktion der Überweisung an die BPK ebenfalls zustimmt.

Stadträtin Marie-Theres Beeler ist ebenfalls der Meinung, dass es gut ist, dass man das Geschäft in der BPK diskutieren kann. Die Brücke ist wirklich in einem bedenklichen Zustand und die Zeit drängt langsam. Es gibt Bewertungen von «1 – eine Brücke in sehr gutem Zustand» bis zu «5 – eine Brücke, die bald zusammenfällt». Diese Brücke war vor 9 Jahren in der Stufe 4 und jetzt kommt sie langsam in die Stufe 5. Das mit den parkierten Autos auf der Brücke wird man noch anschauen müssen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über den Antrag zur Überweisung an die BPK abstimmen lässt.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2025-58 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

6. Nichtformulierte Gemeindeinitiative «Für eine verbesserte Sichertstrasse beim Bahnhof» (Nr. 2025-61)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung zu überweisen.

Entgegen dem Büroprotokoll vom 18. September 2025 verzichtet der Stadtrat auf seinen Antrag für eine Direktberatung.

Michael Durrer (GL) dankt als Sprecher der Grünen Fraktion dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht. Er zeigt einerseits auf, dass man das Thema sehr ernst nimmt. Und der Bericht zeigt auf, dass man wirklich auch seriöse Abklärungen getroffen hat und dass man auch bereits gewisse Massnahmen ergreift. Das finde ich sehr positiv. Nichtsdestotrotz ist das ein Anliegen, das aus der Bevölkerung kommt, das viele Leute unterschrieben haben und wir sind der Ansicht, dass es im Rahmen einer seriösen Prüfung durchaus angebracht ist, dass das Geschäft an die BPK überwiesen wird. Wir werden deshalb zustimmen.

Peter Küng (SP) ist als SP-Fraktionssprecher überrascht. Wir sind davon ausgegangen, dass wir darüber diskutieren, ob eine Direktberatung durchgeführt wird oder nicht. Nun zur Stimmung in der Fraktion: Wir waren sehr geteilt bei dieser Diskussion. Zur Direktberatung war die Meinung, dass man, wie es Michael Durrer (GL) gesagt hat, über den ausführlichen Bericht hätte sprechen können und ich glaube, das hätte auch eine gute Diskussion gegeben. Die Hälfte unserer Fraktion ist der Meinung, dass man dies an die BPK überweisen soll mit der Bitte, und die war bei uns in der Diskussion sehr wichtig, dass die BPK die Initiantinnen und Initianten einladen und auch noch einmal an den Tisch holen soll. So kann man nochmals mit ihnen darüber sprechen und vielleicht auch mit der BPK gewisse Differenzen klären oder zumindest nochmals diskutieren. Wir sind auch dankbar über den tollen Bericht, den der Stadtrat gemacht hat. Grundsätzlich kann man bereits jetzt schon das Folgende mitgeben: Die SP-Fraktion teilt die Meinung des Stadtrates und unterstützt auch die Massnahmen, die jetzt schon angegangen werden. Gemeint sind also die zwei Massnahmen. Einerseits diejenige betreffend die Schwelle. Andererseits die Massnahme betreffend die Farbgebung, diesbezüglich haben wir ja auch einen Vorstoss gemacht. Das ist sehr in unserem Sinn. Aber wir sind natürlich offen für die Diskussionen in der BPK. Jetzt gerade sind wir ein bisschen unschlüssig, was wir machen. Aber wenn natürlich die Mehrheit dafür ist, dass man es an die BPK gibt, ist das für uns gut. Wir wurden lediglich etwas überrascht.

Richard Gafner (FDP) erklärt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass sich auch seine Fraktion für den ausführlichen Bericht und die bereits geplanten und umgesetzten Massnahmen an der Sichertstrasse bedanken möchte. Wir glauben, dass man auf dem richtigen Weg ist. Unsere Fraktion ist ganz klar für eine Überweisung an die BPK. Wir haben es auch lange diskutiert, ob eine Direktberatung stattfinden soll oder nicht. Wir sind dann aber zum Schluss gekommen, dass wir es sinnvoll finden, wenn das Geschäft an die BPK geht. Die BPK soll noch einmal einen kritischen Blick auf die aktuelle Situation werfen. Sie soll schauen, was sich für neue Erkenntnisse aus dem Betrieb dieser Situation ergeben. Und sie soll sich die grosse Frage ansehen, die immer wieder im Raum gestanden ist, und zwar, wie es zu den Stosszeiten aussieht, wie weit der Rückstau reicht und so weiter. Auch da bitten wir die BPK, noch einmal einen kritischen Blick darauf zu werfen, wie das denn jetzt wirklich ist. Auch wichtig ist, dass in diese Diskussion der Erfahrungswert einfliesst, wie denn das Verhalten der Fussgänger an dieser Stelle nun wirklich ist. Führt das wirklich zu diesen kritischen Situationen, wie es immer wieder behauptet wird? Und ganz wichtig ist auch, dass die BPK einen kritischen Blick auf die Finanzierung wirft. Genügen die veranschlagten CHF 300'000.- oder benötigt es dann nachweislich mehr oder allenfalls auch weniger? Das wäre uns auch noch ganz wichtig. Also wir sind für die Überweisung und freuen uns jetzt schon auf die angeregte Diskussion, wenn wir das Feedback haben.

Domenic Schneider (GLP) führt als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion aus, dass es auf der einen Seite ein sehr wichtiges Thema ist, denn sonst hätten nicht so viele Liestalerinnen und Liestaler unterschrieben. Entsprechend haben wir auch am Anfang gesagt, dass die Vorlage an die BPK überwiesen werden muss, damit auch einfach die Wichtigkeit noch einmal gezeigt wird. Dann haben wir von Massnahmen gehört, welche die Stadt Liestal bereits umgesetzt hat. Daraufhin haben wir gesagt, eigentlich könnte man das auch schon direkt beraten, denn die Stadt hat einerseits im Bericht und andererseits aber auch vorher aufgezeigt, sie nehme das unglaublich ernst und nehme die Anliegen der Bevölkerung auf. Da müssen wir nicht noch künstlich eine Schleife ziehen. Jetzt sind wir aber nicht in einer Direktberatung, sondern es geht um die Überweisung an die BPK. Ich glaube, man kann schon sagen, dass die Finanzen sicher das eine Thema sind. Ich rufe euch aber auch dazu auf, einfach einmal dorthin zu gehen und zu schauen, wie unglaublich gross der Rückstau ist und wie gefährlich es dort ist. In einer 20er Zone, also dort, wo am langsamsten gefahren werden muss, da sind Personen gefährdet. Wegen dem wollen wir dort jetzt wieder eine 30er- oder eine 50er-Zone machen. Dann ist es nämlich auch sicherer. Ihr merkt, es kommen gewisse Emotionen auf. Ich möchte mich an dieser Stelle noch recht herzlich bedanken beim Verein Liestal orientiert. Der hat uns wirklich toll aufgeklärt und wir wissen jetzt alle, wie man mit so einer Initiative umgehen muss. Das hätten wir nämlich sonst alle nicht gewusst. Noch etwas: Ich bin verwundert, dass man auf der einen Seite Verengungen wegnehmen will, um die Strassen breiter zu machen und auf der anderen Seite die Trottoire breiter machen möchte, um die Strassen wieder enger zu machen. Irgendwie passt es einfach alles nicht so zusammen. Deswegen ist meine persönliche Meinung, dass wir es in die BPK geben, die können sich dies dann ansehen. Ob die BPK dann die Initiantinnen und Initianten einladen will, das ist ihre Sache, das überlasse ich ihnen.

Lorenz Holinger (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass die SVP-Fraktion das Traktandum eingehend in der Fraktionssitzung besprochen hat. Da die Initiative relativ viele Leute unterschrieben haben, bei diesem Thema ganz viele Akteure unterschiedliche Meinungen haben und es schlussendlich um CHF 300'000.-- Steuergelder geht, die in ein bereits gebautes und so weit eigentlich funktionierendes Gebilde investiert werden sollten, erachten wir es als richtig, dass das in der BPK eingehend und gesamtheitlich angeschaut wird. Auch einmal positiv erwähnen möchte ich, dass der Stadtrat für uns und ihm persönlich den grössten Störfaktor, namentlich die monströse Schwelle bei der Ausgangsbegegnungszone, bereits in Eigenregie entschärfen will. Vielleicht lohnt es sich, in der BPK einmal noch das Bauprojekt von diesen Mehrfamilienhäusern ein bisschen weiter oben anzuschauen, denn die Problematik des zu schmalen Trottoirs ist hier auch schon mehrmals erwähnt worden. Vielleicht kann man das dort auch noch einmal miteinbeziehen. Wir sind einstimmig für die Überweisung an die BPK.

Benjamin Erni (EVP) führt als Einzelsprecher aus, dass sie das Anliegen, dass die Autos über die Ecke fahren müssen, besprochen und sich gefragt haben, ob man dort nicht einfach ein paar Poller hinmachen könnte? So fahren möglicherweise auch grosse Autos, die dort hochfahren und die Kurve nicht gut erwischen, auf der Strasse, da sonst ihr Auto verkratzt würde. Also dort auf dieser Seite 3 Poller in den Boden reinmachen wäre lediglich ein kleiner Aufwand mit einer grosse Wirkung. Dies vielleicht als Anregung, falls es in die BPK überwiesen wird.

Anita Baumgartner (GL) möchte sich bei Lorenz Holinger (SVP) bedanken, dass er das Trottoir nochmals erwähnt hat. Wir haben ja dort noch einen Vorstoss offen von Philipp Franke (GL) und noch anderen Verfassern der Grünen Fraktion. Das wäre uns ein grosses Anliegen, dass wir das Thema, die Verbreiterung des Trottoirs, noch vertiefen könnten. Denn das ist wirklich etwas, das wir auch gerne als abgehackte Pendenz sehen würden. Aber sicher sollte diese im Augenmerk der BPK bleiben, wenn sie die Volksinitiative vorberaten wird.

Vreni Wunderlin (GLP) erwähnt, dass vielleicht auch die Liegenschaftsbesitzer, bei welchen die Gärten bis zum Trottoir reichen, dazu animiert werden können, dass sie ihre Sträucher regelmässig gut zurückschneiden. Denn dann hat man auch Platz auf dem Trottoir und die Kinder haben dann eine bessere Sicht. Das wäre wirklich ein Anliegen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte sich zunächst dafür entschuldigen, wenn hier eine Verwirrung entstanden ist wegen der Direktberatung oder nicht. Wir haben das im Stadtrat diskutiert, aber es ist vermutlich dann falsch von uns übermittelt worden. Das hätten wir nicht beantragt, denn das ist ja eure Sache. Wir wären bereit dazu, aber wir finden natürlich auch, wenn so viele Leute etwas unterschreiben, dann ist es auch dem Respekt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern gegenüber geschuldet, dass man das noch einmal seriös anschaut. Wir können dann auch noch weitere Ausführungen machen. Ihr habt ja schon gesehen, was die Verkehrspolizei uns geschrieben hat zu diesem Thema. Marie-Theres Beeler wird anschliessend zu den baulichen Sachen noch kurz etwas sagen. Aus rechtlicher Sicht muss man sich dann natürlich auch überlegen, ob die Initiative gültig ist oder nicht. Aus unserer Sicht ist sie gültig. Und dann schlagen wir euch wie gesagt vor, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Wir haben immer gesagt, wir schauen es uns an. Wie wir vorher bei den stadträtlichen Mitteilungen gehört haben, haben wir es uns nach einem Jahr angeschaut und haben jetzt schon gesehen, dass die sogenannte «Monster-Schwelle» ein Thema ist. Entsprechend machen wir etwas. Auch nehmen wir farbliche Markierungen vor. Wir denken, damit ist diese Sache so weit gut. Themen wie Poller oder ähnliche Ideen sehen wir uns auch an. Das ist aber nicht einfach so möglich, weil man in einer Begegnungszone nicht einfach markieren kann, wie man will. Man kann die Farbmarkierung am Boden machen, aber einfach noch Poller oder Weiteres aufstellen geht nicht. Ich möchte auch noch daran erinnern, dass wir mit der Verkehrspolizei in Kontakt sind. Das sind die Experten und diese sagen uns, was gut und notwendig ist.

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert darüber, dass sich der Stadtrat dies nochmals mit der Verkehrspolizei ansehen wird, was der Rückbau für ein Gefährdungspotenzial hätte. Was auch noch anzufügen ist: Es gibt von den Postulanten ja vier Forderungen. Einerseits die Aufhebung der Fahrbahnverengungen auf der Sichertstrasse. Dann der Rückbau der Fahrbahnswelle. Wenn man diese flacher macht, kommt man dort zu schnell von oben herunter. Es ist grundsätzlich erlaubt, eine Begegnungszone ohne einen vertikalen Versatz zu machen. Aber in einem Gebiet, wo man von oben runterkommt, ist es wohl kaum möglich, dass dort die Leute ohne das Hindernis abbremsen würden. Die dritte Forderung ist die Verbreiterung des oberen Trottoirs. Da gibt es 2 Möglichkeiten: In Richtung der Strasse oder gegen die Gärten. Bei der Gärten-Variante dürften dann CHF 300'000.-- wohl kaum genügen. Man muss natürlich auch anschauen, was Veränderungen überhaupt kosten würden. Mit der Annahme der Initiative würden nicht einfach CHF 300'000.-- als Budgetbeschluss bewilligt. Man muss auch sagen, dass zwischenzeitlich eines der Häuser unter Denkmalschutz gestellt wurde, was bei einer Trottoirverbreiterung auch noch eine Rolle spielen dürfte und bei einem Landkauf ziemlich teuer werden könnte. Nun noch eine persönliche Bemerkung zur Wiederherstellung des Fussgängerstreifens auf der Wiedenhubstrasse. Also ich bin jemand, der dort immer wieder darüber gelaufen ist. Wenn man darüber ging, musste man immer etwas Angst haben, denn diejenigen, die von der Wiedenhubstrasse gekommen sind, haben immer geschaut, dass sie die ersten sind bei den Haifischzähnen. Aber ich freue mich auf die Diskussion in der BPK, wo man wirklich die Details noch vertieft besprechen und anschauen kann.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun abstimmen lässt.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2025-61 wird 29 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

7. Gebundene und freie Ausgaben – Postulat «Das Budget besser verstehen: Information über gebundene und freie Ausgaben» von Richard Gafner der FDP/Mitte-Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2025-50)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Die Dringlichkeit dieses Vorstosses ist wegen der fehlenden 2/3-Mehrheit an der Ratssitzung vom 25. Juni 2025 abgelehnt worden, weshalb die Postulatsüberweisung an den Stadtrat an der heutigen Sitzung thematisiert wird.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert, dass der Stadtrat das Postulat gerne übernehmen möchte. Dies mit dem Vorbehalt, dass dies mit einigem Aufwand verbunden ist. Der Stadtrat ist der Meinung, dass es eine gute Grundlage wäre für die Aufgabenüberprüfung, die der Stadtrat starten möchte. Doch können wir nicht versprechen, dass wir innerhalb von 6 Monaten alles abliefern und das Postulat beantworten können.

Richard Gafner (FDP) erklärt als Postulant und Vertreter der FDP/Mitte-Fraktion, dass sie glauben, dass ein Gesamtüberblick über das Budget und die frei bestimmbaren Posten für den Gesamtrat wichtig ist. Wir diskutieren jedes Jahr über das Budget und wir werden eine neue Aufgabenüberprüfung diskutieren. Wenn sich dort der ganze Rat einbringen soll, dann muss der ganze Rat wissen, um was es geht. Wir werden jedes Jahr wieder von der FIKO angefragt, wenn es um die Budgetdebatten oder auch um andere Themen geht, ob wir noch Fragen haben. Ich habe dort teilweise den Eindruck, der Rücklauf ist nicht so wahnsinnig und ich glaube, wenn wir mehr Kenntnisse hätten im Rat, dann würden dort auch mehr Fragen gestellt werden. Das Postulat soll letztendlich auch ein Auftrag sein an den Stadtrat, dass er diese Information einmal liefert. Ich habe verschiedentlich gehört, dass dies ja auch die FIKO nachfragen kann. Aber die FIKO kann den Stadtrat in dem Sinn nicht beauftragen, sondern höchstens anfragen. Wir sind auch überzeugt, dass sich der Aufwand für die Verwaltung in Grenzen hält. Einerseits muss sich die Verwaltung ja sowieso immer wieder mit dem Budget auseinandersetzen, wenn sie es vorbereitet. Auch bei der Aufgabenüberprüfung wird sie sich genau mit solchen Fragen auseinandersetzen müssen. Es sollte entsprechend nicht grössere Mühe bereiten, uns diese Informationen zu liefern. Wie gesagt, es geht uns darum, dass wir als Rat verstehen wollen, wo wir in dieser Diskussion überhaupt Gestaltungsspielraum haben. Wir sind es auch den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern schuldig, dass wir uns kritisch mit dem Thema Budget und Finanzen auseinandersetzen. Für das kommende Budget ist natürlich jetzt so eine Antwort zu spät. Aber ich hoffe doch, dass wir dann wenigstens, wenn es um die Aufgabenüberprüfung geht, die Informationen haben und uns dort auch entsprechend damit auseinandersetzen können. Insofern würde es mich wirklich sehr freuen, wenn der Rat die Postulatsüberweisung unterstützen würde, damit wir entsprechende Informationen bekommen.

Markus Rudin (SVP) ergänzt als Mitpostulant, dass er bekräftigen möchte, dass die SVP-Fraktion einstimmig hinter dem Postulat steht. Wir möchten das Ganze besser verstehen.

Alexandra Muheim (SP) führt als SP-Fraktionssprecherin aus, dass die SP-Fraktion grossmehrheitlich gegen die Überweisung dieses Postulats ist. Das hat vor allem zwei Gründe. Zunächst zum ersten Grund: Wer sich ein bisschen mit dem Budget auseinandersetzt, insbesondere auch die Mitglieder der FIKO, der weiss eigentlich relativ genau, welche Ausgaben gebunden sind und welche nicht. Wir finden deshalb den Aufwand für die Verwaltung und die Ressourcen, die dafür gebunden werden würden, zu gross, weil man das eigentlich schon sieht. Und der zweite Grund ist, dass bei uns in der Fraktion auch die Sorge geäussert worden ist, dass die Posten, die dann als gebunden deklariert werden, gar nie mehr kritisch hinterfragt werden. Natürlich gibt es einen Grund, warum dort «gebunden» stehen würde. Wir glauben aber, dass es doch auch immer wieder Möglichkeiten und Situationen gibt, in denen man auch

die Sachen, die eben gebunden wären, kritisch hinterfragen kann und sollte. Da wollen wir die Kreativität nicht einschränken. Deshalb sind wir grossmehrheitlich gegen eine Überweisung.

Domenic Schneider (GLP) erklärt als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion, dass sie in der FIKO immer wieder die Diskussion haben, was jetzt gebunden ist und was nicht. Solche Diskussionen haben wir auch regelmässig in der Fraktion. Von daher finden wir das Postulat eigentlich in Ordnung. Es gibt uns einfach gewisse Fakten, mit denen man nachher arbeiten kann. Ich hoffe, dass die Flexibilität nicht unterbunden wird, auch über gebundene Vorgaben diskutieren und Ideen einbringen zu können.

Anita Baumgartner (GL) meint als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass ihre Fraktion davon ausgeht, wie es jetzt eigentlich auch der Stadtpräsident bereits bestätigt hat, dass die genaue Beantwortung des Vorstosses ziemlich aufwändig sein dürfte. Aus eigener beruflicher Erfahrung kann sie das bestätigen. Zudem kann sie bestätigen, dass solche Analysen im Endeffekt nicht sehr viel bringen, auch wenn man es gerne hätte. Man müsste wirklich eine vertiefte Rechtsgrundlagen-Analysen machen und sich alles ansehen, was die Stadt irgendwie betrifft. Im Endeffekt gehen wir davon aus, dass die Feststellung, ob jetzt bei einer Aufgabe rechtlich ein Handlungsspielraum besteht oder nicht, nicht wirklich das wesentliche Kriterium ist. Die Frage ist vielmehr, was die Stadt an Leistung erbringen will für ihre Bevölkerung und welche Nutzen oder Wirkungen mit den aufgewendeten finanziellen Mitteln erzielt werden können. Da nützt es alleine zu wissen, ob Handlungsspielraum besteht oder nicht, nicht wahnsinnig viel. Wenn der Stadtrat jetzt seine Arbeit schon angefangen hat, weil er das sowieso als Basis für seine Aufgabenüberprüfung macht, dann ist das natürlich sein gutes Recht. Dass man eine Aufgabenüberprüfung einmal mit der Grundsatzüberlegung anfängt, wo wir überhaupt Handlungsspielraum haben und wo nicht, ist auch vernünftig. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es für das nicht einen ausführlichen Bericht zuhanden des Einwohnerrates braucht, sondern dass wir das auch weiterhin in der FIKO vertiefen und dort die entsprechenden Fragen stellen können. Entsprechend sind wir eher für die Ablehnung des Postulats oder würden es eigentlich lieber gar nicht überweisen.

Stefan Fraefel (Mitte) stellt als Einzelsprecher fest, dass er gehört hat, dass die Gefahr bestünde, dass man etwas als gebunden anschaut und man dann nicht mehr darüber diskutieren kann. Genau das möchte das Postulat nicht. Es steht nicht einfach, es soll festgehalten werden, was gebunden ist und was nicht. Vielmehr ist es in 6 Kategorien aufgeteilt, und zwar ob es gesetzlich gebunden ist durch den Kanton oder den Bund. Oder ob es durch ein kommunales Reglement des Einwohnerrates oder durch eine stadträtliche Verordnung gebunden ist. Die Reglemente kann der Einwohnerrat ja ändern, die Verordnungen kann der Stadtrat ändern. Wenn wir aber bei der Budgetdebatte sind, dann ist der aktuelle Status massgebend, und alles, was im Reglement bzw. in der Verordnung steht, ist dann gebunden. Und dann können wir, wenn es um ein Abwägen geht, wo wir die finanziellen Prioritäten setzten, nur noch bei denen Ausgaben, die in dem Moment nicht gebunden sind, entsprechende Schwerpunkte setzen. Wenn man aber das ganzheitlich anschaut und sieht, wo mit Reglements- oder Verordnungsänderungen ein Spielraum geschaffen werden kann, sofern gewollt, können wir mehr Entscheidungsspielraum für später erlangen. Das Postulat, das ja als dringlich eingegeben wurde, hat ursprünglich angedacht, dies mit dem Budget 2026 zusammen zu berichten. Jetzt wird es vermutlich mit dem Budget 2027 kommen. Ob man dann wirklich einen separaten Bericht braucht oder ob es einfach im Budget einen entsprechenden Vermerk hat, das sei einmal dahingestellt. Aber auch dann können wir natürlich Verordnungen und Reglemente nicht gerade von heute auf morgen ändern. Aber wie gesagt, es geht nicht einfach darum, nur zu zeigen, ob eine Ausgabe gebunden oder ungebunden ist. Es geht darum aufzuzeigen, wo Handlungsspielräume bestehen und wo wir uns Handlungsspielräume neu schaffen können. Es wäre schade, würde man nur die Prioritäten der ungebundenen Ausgaben beurteilt, während es vielleicht andere Ausgaben gäbe, die im Moment gebunden sind, aber vielleicht doch mittlerweile weniger wichtig wären als die ungebundenen. Das soll das Postulat bewirken.

Bernhard Bonjour (SP) ergänzt als Einzelsprecher, dass er froh um das Votum von Stefan Fraefel (Mitte) ist. Bis jetzt hat der Vorstoss eher den Anschein erweckt, dass ganz einfach gesagt werden kann, was gebunden und was ungebunden ist. Mir scheint es aber, dass dies viel komplexer ist. Etwas Gebundenes kann ja einfach ein Auftrag sein, etwas zu machen. Aber wie man es dann macht und wie viel man dafür ausgibt, dort besteht dann doch wieder ein Spielraum. Ich glaube, man muss sehr ernst nehmen, was Anita Baumgartner (GL) gesagt hat aus ihrer beruflichen Erfahrung, dass es komplex und nicht ganz einfach ist. Ich glaube es bringt uns nichts, eine Auflistung von allem zu machen. Diese wird einfach zu kompliziert. Es ist aber wichtig, dass wir uns ausgabenspezifisch überlegen, ob wir dies nun wollen oder nicht. Und wenn ich sie nicht oder anders möchte, dann finde ich in diesem Zeitpunkt heraus, inwiefern man dazu gezwungen ist oder einen Freiraum hat. Dies ist das sinnvollere Vorgehen als so eine Generalübung, bei der man nachher eine riesige Liste hat von Sachen, wobei die Kategorien dann doch nicht ganz so klar sind.

Stadtpräsident Daniel Spinnler stellt fest, dass der Tenor sonst meistens ist «prüfen und berichten». Ich verstehe jetzt nicht genau, warum man nicht mehr Informationen haben will. Wenn wir zum Beispiel Vorstösse betreffend Velo-Pumpstationen oder andere Anliegen abzuklären haben, machen wir auch immer einen Bericht. Dann kann man sich auch fragen, ob das nicht wichtig ist. Wie gesagt macht der Stadtrat ja sowieso eine entsprechende Überprüfung. Bernhard Bonjour (SP) kann er beruhigen, dass wir nicht eine lange und komplizierte Excel-Liste erstellen werden. Es muss etwas Einfaches und Verständliches sein. Aber wir finden es schon gut, wenn man wieder einmal übersichtlich sieht, wo Handlungsspielräume bestehen. Es ist für ihn beispielsweise auch als Mitglied einer kantonalen Kommission schon auch interessant zu sehen, wo wir etwas an der Leistung für die Bevölkerung ändern können und wo nicht. Und dann finde ich auch noch wichtig was vorhin gesagt wurde. Gebunden heisst nicht, dass wir einfach verloren sind und nichts machen können. Ansonsten hätten wir in der Sozialhilfe nicht durch effizienteres Arbeiten und Organisieren Geld eingespart. Es heisst vielmehr, dass man sich die ganze Spannbreite ansehen muss. Dazu gehört es für mich auch, dass man die Ausgangslage sauber darstellt und von dort aus startet, und nicht, dass man einfach kreative Ideen in den Raum wirft und nachträglich feststellt, dass dies ja so gar nicht geht. Das heisst, das muss man miteinander entwickeln. Ich kämpfe jetzt nicht dafür, aber wir machen es sowieso, sodass ich kein Problem bei diesem Postulat sehe.

Yvonne Ballmer (FDP) ist der Ansicht, dass es nie schaden kann, wenn auch der Rat etwas besser Bescheid weiss über die Details des Budgets. Es wird schliesslich nicht alles der FIKO überlassen, sondern auch einiges im Rat entschieden.

Thomas Eugster (FDP) möchte kurz auf das Votum zurückkommen, dass sich die FIKO das ansehen kann. Es geht auch um den Zeitpunkt, wann sich die FIKO dies ansieht. Dies ist dann, wenn das Budget kommt. Danach sind die Fristen einfach zu kurz. Wir haben vom Stadtrat gehört, dass eine solche Auflistung im Rahmen der Aufgabenüberprüfung vorbereitet wird. Ich sehe nicht, wieso man hier noch dagegen sein kann. Wir benötigen diese Transparenz in der kommenden Zeit, denn wir wissen alle, dass es unseren Finanzen nicht gut geht. Wir müssen also clever handeln und zusehen, wie wir uns weiterentwickeln können. Dazu benötigen wir die Transparenz, weshalb man der Überweisung des Vorstosses zustimmen sollte.

Florian Sennhauser (FDP) sieht den Bericht mehr als ein Werkzeug, das die FIKO benützen kann. Wenn wir hier eine Auflistung haben und bei einem Posten sehen, dass dieser ungebunden ist, heisst es nicht, dass wir den gerade in Angriff nehmen müssen. Vielmehr kann die FIKO zusammensitzen und schauen, wo in den Parteien Konsens gefunden werden kann. So kann definiert werden, an welchen Reglementen etwas geändert werden soll.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 22 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2025-50 an den Stadtrat überwiesen.

8. Familienzentrum – Interpellation «Zukunft des Familienzentrums Liestal sichern – niederschwellige Familienangebote erhalten» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion (Nr. 2025-51)

Stadtrat Lukas Felix bedankt sich bei Alexandra Muheim (SP) für die Fragen. Wir konnten für den Verein Familienzentrum bereits eine Zwischenlösung finden. Das war dringend nötig, da sie bereits Ende August aus ihrem alten Zuhause an der Büchelstrasse ausziehen mussten. Sie sind mittlerweile, wie ihr es vielleicht bereits mitbekommen habt, neu im Pavillon Rosen untergebracht. Sie sind dort entsprechend eingemietet und führen ihre Angebote weiter. Zusammen mit dem Familienzentrum ist auch die Mütter- und Väterberatung in den Pavillon Rosen in die gleiche Räumlichkeit eingezogen. Ja, es ist weiterhin das Ziel, das Familienzentrum respektive den Verein Familienzentrum im neu geplanten Begegnungszentrum im Schwieri unterzubringen. Das ist ein wichtiger Bestandteil des neuen Zentrums. Der Verein hat sehr motivierte, aber auch pragmatische Leute dabei und das möchten wir gerne so weiter erhalten und entsprechend dort weiterführen. Dann die Frage nach dem Konzept rund um das Begegnungszentrum: An dem Konzept hat sich nach der Streichung des Sanierungskredits für die Räumlichkeiten des ehemaligen Kindergartens Schwieri nichts geändert. Wir haben auch auf eine Diskussion über das Konzept in der SBK bisher verzichtet, da wir darauf warten, eine Sondervorlage dazu erstellen zu können. Dazu komme ich nachher noch einmal. Die ehemaligen zwei Kindergärten Schwieri stehen leider jetzt seit diesem Sommer leer und werden nicht genutzt. Der Stadtrat wird dann das Betriebskonzept zusammen mit der Sondervorlage für den Umbau oder für die Sanierung der Kindergärten Schwieri dem Einwohnerrat zur Kenntnis bringen. Die Sondervorlage wird gemeinsam erarbeitet von der Abteilung Bildung und von der Abteilung Hochbau. Weiter zur Frage, ob es eine Möglichkeit wäre, dem Familienzentrum Räumlichkeiten im Kindergarten Schwieri zur Verfügung zu stellen, bis dann der Umbau realisiert wird: Das wäre tatsächlich eine Möglichkeit gewesen. Aus betrieblichen Gründen hat man aber darauf verzichtet. Insbesondere deswegen, damit man direkt mit der Ausführung der entsprechenden benötigten Arbeiten an diesen Gebäuden beginnen und einen Umzug ins Auge fassen kann, wenn man mit der Sondervorlage erfolgreich gewesen ist beziehungsweise wenn sie im Rat diskutiert worden ist.

Alexandra Muheim (SP) erklärt sich mit der Antwort zufrieden und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Alexandra Muheim (SP) äussert als Interpellantin, dass sie sehr froh ist, dass das Familienzentrum mittlerweile einen Unterschlupf gefunden hat. Natürlich wäre es aber auch sehr schön gewesen, wenn es eine langfristige Lösung gewesen wäre. Die Befristung für ein Jahr ist für den Verein weiterhin eine grosse Belastung, weil dadurch Unsicherheit vorhanden ist. Auch die finanzielle Situation ist nicht ganz optimal, weil sie vorher in den alten Räumlichkeiten ihre Räumlichkeiten untervermieten konnten. Darauf verzichten sie jetzt, was ihre Finanzen, die vor allem aus Spenden bestehen, weiterhin stark belasten. Wie lange das so weitergehen kann, respektive vor allem, was dann passiert, nachdem das Jahr abgelaufen ist, ist unklar. Insgesamt ist es also nicht ganz eine befriedigende Lösung für das engagierte Team und die Nutzerinnen und Nutzer des Familienzentrums. Natürlich hoffen wir sehr, dass das Familienzentrum im neuen Begegnungszentrum Schwieri seinen Platz findet, damit das Familienzentrum für Eltern und Kinder weiterhin seine Dienste leisten kann. Gleichzeitig möchte ich auch noch betonen, dass das Angebot, das das Familienzentrum für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Liestal leistet, ja eigentlich ein Geschenk für die Stadt ist. Dass sich die Leute freiwillig um so ein Angebot kümmern, welches die Stadt sonst auf die eine oder andere Art irgendwie zur Verfügung stellen müsste, entlastet unsere finanzielle Situation ja auch wieder. Deswegen möchte ich allen im Rat nahelegen, das Begegnungszentrum weiterhin zu unterstützen. Ich hoffe, es kann zeitnah realisiert werden und mit den freiwilligen Mitarbeitenden

des Familienzentrums kann eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen und eine langfristige Lösung gefunden werden.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass sich keine Fraktions- und Einzelsprecher zu Wort melden.

Stadtrat Lukas Felix möchte noch eine Ergänzung zum Mietvertrag machen. Hierzu ist noch anzumerken, dass der Pavillon Rosen eigentlich grundsätzlich Schulraum ist. Dort müssen wir immer auch noch auf eine mögliche schulische Nutzung Rücksicht nehmen. Das wirkt sich so aus, dass wir dort einfach keine längerfristigen Mietverträge ausstellen können. Es ist schliesslich auch zum Teil in den Händen des Einwohnerrates, ob dieses Jahr genügt oder ob für eine gewisse Zeit noch einmal eine andere Lösung gefunden werden muss.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

9. Umnutzung Kindergarten Schwieri – Interpellation «Umnutzung KG Schwieri» von Richard Gafner der FDP/Mitte-Fraktion (Nr. 2025-52)

Stadtrat Lukas Felix bedankt sich bei Interpellant Richard Gafner (FDP) für die Fragen. Auch wenn dies eigentlich ein Thema des Hochbaus und somit von Stadtrat Daniel Muri ist, beantwortet er die Fragen stellvertretend, da sie in die gleiche Richtung gehen, wie die vorhergehende Interpellation Nr. 2025-51 von Alexandra Muheim (SP). Die erste Frage beantwortest du dir eigentlich mit der zweiten Frage selbst: Nein, machen wir nicht. Es wird eine Sondervorlage zusammen mit dem Konzept geben, über die der Einwohnerrat diskutieren und Inputs eingeben kann, was dort alles noch anders oder besser gemacht werden sollte. Das wird euch dann zur Diskussion vorgelegt. Der Zeitplan für die Diskussion im Einwohnerrat kann ich nur bedingt beeinflussen. Das ist dann eigentlich in eurer Hand. Wenn dann die Vorlage bei euch ist, bestimmt ihr dann, wie es weiter geht, in welchen Kommissionen die Vorlage dann beraten werden soll oder ob ihr der Meinung seid, dass man das direkt beraten kann.

Richard Gafner (FDP) bedankt sich als Interpellant für die Antworten zu seinen Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Richard Gafner (FDP) nimmt als Interpellant Bezug auf die zweite Frage seiner Interpellation. Dort wurde gefragt, wann mit der Sondervorlage gerechnet werden kann. Dazu habe ich jetzt nichts gehört oder ich habe es nicht verstanden. Da wäre ich natürlich froh, wenn du allenfalls noch etwas dazu sagen könntest. Ansonsten denke ich, dass der Zeithorizont relativ kurz ist. Entsprechend wären wir froh, wenn wir das im Einwohnerrat bald einmal behandeln dürften. Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat das Konzept sieht und dass er weiss, was da kommt. Das haben wir eigentlich auch schon eingängig in der letzten Budget-Sitzung besprochen. Also von daher herzlichen für die Beantwortung der Interpellation und ich würde mich freuen, wenn du zum Zeithorizont noch etwas sagen könntest.

Séverine Salathe (SP) teilt als SP-Fraktionssprecherin mit, dass die Diskussion rund um die Nutzung des Schwieri keine einfache ist, weder im Rat noch in der Bevölkerung. Auch die SP-Fraktion ist bei dieser Diskussion nicht zu einer einfachen Antwort gekommen. Einerseits stellt sich die Frage, ob das nicht schon im Rahmen der Budgetdiskussion hätte geklärt werden können, was jetzt keine zusätzlichen Kosten und zeitlichen Verschiebungen verursachen würde. Andererseits gibt es aber auch Stimmen, die der Meinung sind, dass es durchaus wirklich Sinn macht, die Nutzung des Schwieri über eine Sondervorlage vor allem inhaltlich sorgfältig zu besprechen. Die SP-Fraktion kann sich der Frage, wann mit dieser Vorlage zu rechnen ist und wie der Fahrplan aussieht, anschliessen. Es bleibt am Ende eigentlich nur klar, dass die Nutzung der Liegenschaft nach wie vor ein Thema mit Diskussionsbedarf ist und zwar auf verschiedensten Ebenen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen von Fraktions- und Einzelsprechern angemeldet werden.

Stadtrat Lukas Felix stellt fest, dass er die Antwort über den Zeithorizont wirklich überlesen hat. Ihr könnt voraussichtlich bis Ende 2025 mit dieser Sondervorlage rechnen, also noch in diesem Jahr. Sie ist auch mittlerweile schon in Erarbeitung beim Hochbau und auch bei der Bildung. Dann noch ein Kommentar zu dem, was Séverine Salathe (SP) gesagt hat: Ja, es entstehen natürlich zusätzliche Kosten neben dem, dass man intern einen Aufwand hat, um die Vorlage zu erarbeiten. Jetzt entstehen insbesondere auch für den Verein Familienzentrum zusätzliche Kosten durch die Miete, die sie bezahlen müssen im Pavillon Rosen. Dann noch etwas zur Sondervorlage. Ihr könnt in dem Sinn inhaltlich das Konzept nur zur Kenntnis

nehmen. Das ist bei anderen Sachen schon so gewesen. Aber natürlich sind wir dann dort auch auf Inputs von euch gespannt, wie man das noch verbessern kann.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

10. Solarstrompotenzial – Bericht Stadtrat zu Postulat «Solarstrompotenzial der öffentlichen Gebäude nutzen» von Anita Baumgartner namens der Grünen Fraktion (Nr. 2023-192)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Anita Baumgartner (GL) äussert sich als Postulantin und auch als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion. Sie dankt dem Stadtrat für den sehr ausführlichen Bericht, der doch eine sehr gute Übersicht gibt, wo wir in Liestal noch Potenzial haben in Bezug auf die Solarstromproduktion. Ich habe den Bericht mit Freude gelesen. Ich bin ein bisschen darüber gestolpert, dass man nicht so ganz eine eindeutige Aussage herauslesen kann, dass man es bei allen künftigen Neubauten und Dachsanierungen als zwingend erachtet, eine Solaranlage zu installieren. Das wäre schon mein starker Wunsch. Mir ist aber auch bewusst, dass es gewisse Sanierungen gibt, die man einfach nicht gerade jetzt machen kann. Aber ich bin der Meinung, die öffentliche Hand hat auch eine klare Vorbildrolle einzunehmen und vorwärts zu machen, wenn wir irgendwie noch auf Kurs kommen wollen, um unsere Klimaziele zu erreichen. Da braucht es ein aktives Auftreten der öffentlichen Hand. Ich würde sonst die Fraktionsmeinung gerade noch anschliessen: Meine Fraktion ist der gleichen Meinung. Wir sind für die Kenntnisnahme des Berichts und die Abschreibung des Postulats.

Vreni Wunderlin (GLP) dankt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion für den stadträtlichen Bericht. Wir haben doch gestaunt, dass es 27 Objekte plus zusätzlich zahlreiche Nebengebäude sind. Wie aufgezeigt, gilt es hier unbedingt noch die Kosten und Nutzen einander gegenüberzustellen. Nach Möglichkeit ist es gut und wichtig, dass die Stadt die Anlagen selbst betreibt. Wir sehen aber auch bei der Auswertung, dass es doch auch Gebäude gibt, bei denen die Dachkonstruktion zusätzliche Lasten nicht zulässt oder wo eine Dachsanierung nötig wäre, was dann grosse Kosten verursachen würde. Die Stadt stellt fest, dass eine umfassende Umsetzung im grossen Rahmen auch in Bezug auf die finanzielle Lage nicht realistisch ist. Eine schrittweise Umsetzung von Einzelprojekten ist jedoch sinnvoll und zielführend. In diesem Sinn bedankt sich ihre Fraktion für den Bericht und schreibt das Postulat als erfüllt ab.

Florian Sennhauser (FDP) erklärt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass es begrüsst wird, dass hier eine konkrete Auflistung mit bestehenden, projektierten und zukünftig geplanten Anlagen vorliegt. Ebenso nehmen wir positiv Kenntnis davon, dass der Stadtrat die Gebäude detailliert analysiert hat und damit das Ausbaupotenzial klar erkennbar ist. Wir stellen aber auch fest, dass es sich um beträchtliche Investitionssummen handelt und die finanziellen Möglichkeiten der Stadt sehr beschränkt sind. Deshalb teilen wir die Haltung des Stadtrates, Photovoltaikanlagen vor allem im Rahmen von Bauprojekten oder Sanierungen zu überprüfen und umzusetzen. Das Vorgehen ist sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar. Wir unterstützen das regelmässige Überprüfen des Potenzials. Trotzdem möchten wir aber auch betonen, dass nicht nur die Möglichkeit einer Installation und deren Anschaffungskosten entscheidend sind, sondern auch deren Wirtschaftlichkeit. Das wurde von Vreni Wunderlin (GLP) bereits erwähnt. Eine Solaranlage lohnt sich vor allem dort, wo ein hoher Eigenverbrauch vorhanden ist. So kann die Stadt Stromkosten und Netznutzungsgebühren einsparen. Dort, wo der Eigenverbrauch aber gering ist und somit eine stark überschüssige Produktion erzielt würde, fliesst der Strom zurück ins Netz. Die aktuellen Entwicklungen am Strommarkt verstärken diese Problematik. Der Rekord an negativen Preisen steigt in ganz Europa, dies auch dank des starken Zubaus der Photovoltaikanlagen und der Flexibilitäten, die noch nicht derart stark ausgebaut werden und hinterhereilen. In Spanien sind heute bereits 10% der Zeitpreise negativ. Das sind rund ein Drittel aller Solarstunden. Die aufgrund des starken Überschusses im Netz generierten negativen Preise bedeuten in einem freien Markt keine Erträge für die Produzenten, sondern das Gegenteil: Sie müssen sogar zahlen. Eine Solaranlage ist als reines Investitionsobjekt nicht immer rentabel. Der Eigenverbrauchsanteil und die regulatorischen Rahmenbedingungen sind entscheidend über die Wirtschaftlichkeit und entsprechend von Projekt zu Projekt

unterschiedlich. Ein weiterer Aspekt betrifft das Stadtbild. Gerade in der Altstadt müssen wir darauf achten, dass die Anlagen das Ortsbild nicht beeinträchtigen. Wir glauben kaum, dass auf dem Törli jemals eine PV-Anlage stehen wird. Wir empfehlen zudem den Fokus stärker auf die Dächer zu legen. Fassaden sind zwar stärker bei den Anschaffungskosten subventioniert, erzielen aber deutlich weniger Ertrag, da der Wirkungsgrad 30 – 50 % schlechter ist. Insgesamt ist der Stadtrat mit den geplanten Projekten gut aufgestellt, gerade auch angesichts der aktuell turbulenten Marktentwicklungen im Energiesektor. Seine Fraktion stimmt beiden Anträgen zu.

Jacques Heller (SP) dankt als SP-Fraktionssprecher dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht. Wir begrüssen die sorgfältige Analyse und die klare Darstellung der Möglichkeiten sowie der finanziellen und baulichen Rahmenbedingungen für die Installation von PV-Anlagen auf stadteigenen Gebäuden. Wir finden es erfreulich, zu sehen, dass bereits mehrere öffentliche Gebäude in Liestal mit PV-Anlagen ausgestattet worden sind, zum Beispiel das Dach des Pavillons des Gestadeck-Schulhauses. Für bestehende Gebäude bestehen offenbar Pläne, diese bei Sanierungen mit Solarpanels nachzurüsten. Wir haben es auch so verstanden, dass bei Neubauten solche Anlagen inzwischen standardmässig eingeplant sind. Die im Bericht aufgezeigten Schritte sind ein wichtiger Beitrag, um die Klimaziele auf kommunaler Ebene zu erreichen und die Energiewende aktiv zu gestalten. Als kleiner Funfact möchten wir erwähnen, wie es von Florian Sennhauser (FDP) bereits angesprochen wurde, dass auch das Liestaler Törl in der Tabelle der geeigneten Dachflächen aufgeführt ist. Jede der 4 Dachseiten erstrahlt aufgrund der Sonneneinstrahlung in einer anderen Farbe. Aber es ist kaum damit zu rechnen, dass dort jemals Solarpanels installiert werden. Den Anträgen stimmt man zu.

Simon Wiesner (SVP) teilt als SVP-Fraktionssprecher mit, dass es die SVP-Fraktion begrüsst, wie der Stadtrat mit den Solarpanels umgeht, also welche Projekte priorisiert werden und welche nicht. Wir finden es vor allem auch gut, dass es bei den Neubauten umgesetzt wird und Standard ist. Ich sehe aber auch, dass es vor allem bei alten Dächern keinen Sinn macht, Panels zu installieren, wenn man eigentlich das Dach darunter sanieren müsste. Ich finde, dass die Priorisierung und die nächsten Projekte gut sind. Die SVP-Fraktion unterstützt dies auch so und wird den beiden Anträgen zustimmen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt in Stellvertretung für Stadtrat Daniel Muri dem Einwohnerrat für die Aufnahme des Berichts. Es ist auch eine gute Sache einmal zeigen zu können, wo überhaupt wann etwas möglich ist. Es wird sich künftig nicht nur die Frage stellen, ob es sich lohnt, eigenen Strom zu produzieren, da dieser durch hohe Solarstromproduktionen immer billiger wird. Vielmehr wird sich auch der Strommarkt verändern, wenn immer mehr Solarbauten installiert werden. Das Gleichgewicht zwischen dem Netzbetrieb und dem Strom, der privat produziert und entweder gespeichert oder zurück ins Netz gespiesen wird, wird sich ändern. Entsprechend wird sich auch das Kostenkonstrukt ändern. Weiter ist es, wie bereits erwähnt wurde, in jedem Fall sinnvoll, eigenen Strom zu produzieren, weil es einfach ein Beitrag an die Umwelt ist, den wir in unserer Stadt erbringen können, auch wenn man ihn vielleicht nicht mehr so teuer zurückspeisen kann. Die Anzahl an Solarpanels, die installiert werden können, ist genau so gross, wie Dächer von Gebäuden der Stadt vorhanden sind. Aber ihr dürft nicht daran zweifeln, dass Dächer, die neu gemacht werden, mit Solarpanels bestückt werden, sofern es irgendwie Sinn macht.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt.

://: Die stadträtliche Antwort des Stadtrats auf das Postulat gemäss Vorlage Nr. 2023-192a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2023-192 als erfüllt abgeschrieben.

11. Sicherheit in Liestal – Bericht Stadtrat zu Postulat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Bekämpfung der Kriminalität in Liestal von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2024-15)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Domenic Schneider (GLP) dankt als Postulant für den ausführlichen und differenzierten Bericht. Der Bericht zeigt, dass Liestal grundsätzlich eine sichere Stadt ist und die Kriminalität teilweise sogar rückläufig ist. Der Bericht zeigt aber auch, dass der Stadtrat es ernst nimmt, dass sich gewisse Menschen unsicher fühlen und dass Massnahmen allenfalls nötig sind. Es wurde gesagt, ich möchte mit diesem Postulat Ängste schüren. Dies stimmt jedoch nicht und der Bericht hat gezeigt, dass Liestal kein Hotspot für Kriminalität ist. Im Gegenteil werden zahlreiche Massnahmen durch die Stadt ergriffen, mit welchen der Bevölkerung gezeigt und signalisiert wird, dass die Stadt schaut und die Ängste ernst nimmt. Ich finde es sehr toll, dass auch im Bereich Prävention diverse Massnahmen bereits in der Umsetzung sind, zum Beispiel bei der Jugendarbeit oder bei der Zusammenarbeit mit der Polizei. Im Bericht ist auch noch ein Antrag respektive eine Frage drin betreffend die Ordnungsbussenkompetenz. In Bezug auf die Kommunikation denke ich ist das jetzt ein Aspekt, bei dem man sagen kann «Tue Gutes und sprich darüber». Jetzt ist es an der Stadt, auf verschiedenen Kanälen darüber zu berichten und zu zeigen, wie sicher es in Liestal ist. Und ja, es gibt auch diejenigen, die Probleme verursachen. Aber es gehört zu einer Stadt mit über 16'000 Einwohnern, dass jeder Mensch irgendwie ein bisschen unterschiedlich ist. Abschliessend möchte ich mich noch einmal bedanken und wir werden das zum Abschreiben empfehlen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert darüber, dass in der Pause noch ein Antrag der SP-Fraktion zu diesem Geschäft eingegangen ist. Er bezieht sich auf den Antrag des Stadtrats, dass man die Übertragung der Ordnungsbussenkompetenz an Dritte anstreben möchte. Sie wünschen einen zusätzlichen Antrag, der heisst: *«Der Stadtrat berichtet jährlich im Amtsbericht über diese Übertragung und die praktischen Anwendungen der Ordnungsbussenkompetenz durch Dritte.»*. Das ist die Information von meiner Seite und ich bitte die SP-Fraktion im Votum als Fraktionssprecher den Antrag noch genauer zu erläutern.

Michael Durrer (GL) führt als Sprecher der Grünen Fraktion aus, dass er bei der Postulatsüberweisung darauf hingewiesen hat, dass wir im Rat bei diesem sensiblen Thema eine Verantwortung haben und das Thema nicht aufheizen, sondern einen kühlen Kopf bewahren und auf unsere Wortwahl achten sollen. Dies findet er nach wie vor wichtig. Deshalb möchte ich ausnahmsweise jetzt bei meinem Votum auch gerade einmal mit dem Fazit des Berichts anfangen. Das Fazit lautet, dass Liestal grundsätzlich eine sichere Stadt ist, in der man sich zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Angst bewegen kann. Es wird im Bericht dann auch aufgezeigt, dass gewisse Delikte sogar abgenommen haben oder dass man im Vergleich zu anderen Gemeinden durchaus gut oder im Durchschnitt dasteht. Auf jeden Fall kann nicht von einer markanten Zunahme an Delikten gesprochen werden. Für diese Abklärungen möchten wir uns beim Stadtrat bedanken. Besonders eindrücklich zeigt der Bericht auf, was man bereits alles auf vielen unterschiedlichen Ebenen unternimmt. Dadurch zeigt er eben auch auf, dass der Stadtrat das Thema sehr ernst nimmt. Die Grüne Fraktion ist der Meinung, dass man mit diesen bisherigen Massnahmen auf dem richtigen Weg und auf einem guten Weg ist. Nun zum zweiten Antrag, der etwas erstaunlich ist. Das Thema Littering ist im Postulat eigentlich gar nicht wirklich erwähnt, wird jetzt aber im Bericht an diversen Stellen thematisiert. Selbstverständlich ist das ein absolutes Unding und auch ein grosses Ärgernis. Ich bin aber trotzdem der Meinung, dass Zigarettensammel oder Petflaschen am Boden nicht wirklich mit Tötlichkeiten oder Einbrüchen gleichgestellt werden können, wenn es um das subjektive Sicherheitsgefühl geht. Zumindest bei mir ist das nicht so. Es ist zwar eklig und es ist ein Ärger, aber auf den Boden spucken oder herumpöbeln löst bei mir andere Gefühle aus. Zudem ist es so, dass eben auch im Bereich Littering die Stadt durchaus einiges unternimmt. Aus meiner Sicht sind

dort vor allem die beiden Pfeiler Information und Sensibilisierung weiterzuverfolgen. Wir haben uns bereits beim Polizeireglement deutlich dagegen ausgesprochen, dass man die Ordnungsbussenkompetenz an Dritte übertragen kann und daran hat sich nichts geändert. Das ist immer noch unsere Haltung. Wir werden deshalb dem zweiten Antrag des Stadtrates nicht zustimmen und werden ihn ablehnen. Dem ersten Antrag stimmen wir zu und bedanken uns herzlich bei allen, die an diesem Bericht beteiligt waren.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass die SP-Fraktion gegenüber dem Postulat misstrauisch gewesen ist. Nun haben wir einen tollen Bericht bekommen, der uns sehr überzeugt hat. Wir sind auch froh, wurde er erstellt. Dieser Bericht macht einige hochinteressante Aussagen. Die wichtigste Aussage des Berichts ist, dass es keine Zunahme der Kriminalität gibt und man in Liestal sicher sein kann. Liestal bezeichnet sich als Stadt und diese Bezeichnung ist Liestal auch wichtig. Eine Stadt zu sein bedeutet, man ist ein Zentrum und man zieht Leute an, welche von einem Dorf nicht angezogen werden. Wenn man dies bedenkt, kann man sagen, es ist toll, dass Liestal gleich gut oder gar besser dasteht als andere Gemeinden, die keine städtischen Zentren sind. Umso grösser ist die Leistung der Abteilung Sicherheit. Ihre Arbeit und Herangehensweise, wie sie in diesem Bericht dargelegt wird, überzeugt uns sehr. Ich möchte gerne vier Sachen hervorheben. Einerseits wird festgestellt, dass sich unangepasste Menschen unangepasst verhalten dürfen. Es gibt keine Pflicht, sich so zu verhalten wie alle anderen. Es wird niemand weggewiesen, weil er auffällig ist. Das finde ich eine ganz wichtige Feststellung. Zweitens möchte ich hervorheben, dass häufig das Gespräch gesucht wird. Es werden nicht einfach Massnahmen ergriffen und Drohungen ausgesprochen, sondern man spricht mit den Betroffenen. In heiklen Situationen wird auch versucht mit diesen unangepassten Leuten direkt Lösungen zu finden und sie miteinzubeziehen, weil nur das nachhaltig ist. Dies finde ich eine ganz wichtige Aussage in diesem Bericht. Es werden auch alle möglichen Institutionen an einen runden Tisch eingeladen und immer wieder miteinbezogen. Ich bin der Meinung, die Abteilung Sicherheit macht diesbezüglich eine sehr gute Arbeit. Weiter fällt uns auf, dass das Sicherheitsgefühl respektive das Gefühl der Unsicherheit auf der einen Seite und die realen Zustände auf der anderen Seite offenbar nicht sehr viel miteinander zu tun haben. Wie das Sicherheitsgefühl ist oder eben auch das Gefühl von Unsicherheit, das hängt nicht von der Realität und den effektiven Zuständen ab. Das hängt vielmehr davon ab, wie diskutiert wird. Die Diskussion findet mehrheitlich in den sozialen Medien statt und diese haben leider oft einen schlechten Einfluss. Häufig wird etwas aufgebauscht, was eigentlich nicht nötig wäre, so aufgebauscht zu werden. Von daher ist dieser Bericht sehr nützlich. Nun zum Antrag 2 des Stadtrates. Wir sind misstrauisch, wenn es darum geht, dass private Organisationen Ordnungsbussen austeilen können. Wir haben das als SP-Fraktion bei der Totalrevision des Polizeireglements bekämpft und waren dort bei der Mehrheit. Der Stadtrat will es jetzt wieder einführen. Wir haben durchaus auch Verständnis dafür, aber die grundsätzliche Skepsis bleibt. Die hoheitlichen Kompetenzen sollen nicht an Private abgetreten werden. Wenn dieser Grundsatz einmal berührt und geändert wird, besteht die grosse Gefahr, dass dies immer weitergeht. Man weiss nicht, wo denn das aufhört, denn praktische Gründe dafür gäbe es immer. Zudem finden wir, man soll grundsätzlich gar nicht mit Bussen arbeiten, sondern man soll mit anderen Möglichkeiten arbeiten, beispielsweise mit Überzeugungsarbeit, mit Gesprächen etc. Die Meinung unserer Fraktion ist jedoch gespalten. Die einen verstehen, dass es für die Bereichsleitung nicht immer einfach ist, den Kopf hinzuhalten und diese gerne eine Entlastung durch private Sicherheitsfirmen möchte. Weil wir uns eben nicht einig sind in der Fraktion, möchten wir eine Ergänzung zum Antrag des Stadtrates vornehmen. Wenn eine Übertragung an Private zur Erteilung von Ordnungsbussen stattfinden soll, soll der Stadtrat darüber jährlich im Amtsbericht berichten. Darin soll dargelegt werden, wem er die Kompetenzen erteilt hat und wie die Praxis aussieht, sodass bei Bedarf die GPK bei der Vorberatung des Amtsberichtes darüber diskutieren kann.

Daniel Jurt (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass der umfangreiche Bericht zeigt, dass die Sicherheit unterschiedlich wahrgenommen wird. Die einen fühlen sich schneller bedroht als andere. Wir haben auch erlebt was passiert, wenn jemand eine Stadt einfach zur Hölle erklärt und gerade alles aufmarschieren lässt, das Sicherheit produziert bzw. sie

zumindest angeblich produziert, weil ihm die Stadt politisch nicht passt. Das wollen und haben wir in Liestal sicher nicht. Wir müssen uns auch von den Bestrebungen lösen, keine Delikte, keine Gewalt, keine Sprayereien und kein Littering mehr zu haben. Eine Bemerkung gerade zum Littering: Für mich hat dieses Thema auch nur indirekt mit Sicherheit zu tun. Es ist aber sehr störend. Keine Delikte zu haben wäre sicherlich wünschenswert, jedoch wissen wir alle, dass es nicht umsetzbar ist, ausser man schränkt die Freiheit massiv ein und macht eine totale Überwachung. Auch dann hat man nicht die totale Sicherheit, aber bestimmt viel mehr. Das ist aber auch nicht von uns gewünscht. Man sieht im Bericht, dass man eine enge Zusammenarbeit hat mit der Kantonspolizei. Sie hat ihre Analysestelle, welche im ganzen Kanton analysiert, wo Diebesbanden durchziehen. Sie passen dann entsprechend ihre Überwachung und Patrouilletätigkeit an. Nun zur Diskussion um die privaten Sicherheitsunternehmen. Für mich ist klar, dass die Sicherheit eine Sache derjenigen Organe ist, die das Gewaltmonopol innehaben. Das ist eigentlich vorwiegend und ausschliesslich die Polizei. Zunehmend zieht man aber private Sicherheitsfirmen hinzu, weil die Polizei einfach auch zum Teil überlastet ist mit gewissen Kontrollen. Man muss klar sehen, dass eine private Sicherheitsfirma eine Bewilligung braucht, die der Kanton gibt. Früher konnte man einfach sagen, dass man eine Sicherheitsfirma ist. Dies ist heute nicht mehr so. Sie werden überprüft und Verstösse führen dazu, dass die Firmen sofort ihre Verträge verlieren. Nun zu den Bürgerwehren. Wie bereits angesprochen wurde, spielen die sozialen Medien stark mit rein. Was ich nochmals unterstreichen möchte, ist, dass der Besitz von Waffen illegal ist. Also irgendwo mit einer Pistole oder einer anderen Schusswaffe oder auch mit einem Schlaginstrument durch das Quartier zu ziehen, empfehle ich niemandem, denn dann hat er ein grosses Problem, wenn er erwischt wird. Es gilt ja grundsätzlich das Verhältnismässigkeitsprinzip. Ich bin auch dafür, dass man nicht immer gerade eine Busse ausstellt, sondern zunächst mit den Leuten spricht. Teilweise muss man aber auch einen Gang dazuschalten und halt mal eine Busse verteilen, weil bei gewissen Leuten der Dialog alleine nicht ausreicht. Und wie gesagt, die polizeilichen Befugnisse, die sind nur denen zuzuordnen, die dafür auch beauftragt werden. Beobachten und melden kann jede Einwohnerin und jeder Einwohner, aber wenn es ums Einschreiten geht, muss man einfach wissen was man darf und was nicht. Die SVP-Fraktion ist für die Abschreibung des Postulats und stimmt den Anträgen zu.

Stefan Fraefel (Mitte) informiert als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass wenn man in den sozialen Medien unterwegs ist oder die Zeitung liest, einiges lesen kann. So zum Beispiel «Schlägerei in Liestal – Zeugenaufruf»; «Liestal Verkehrsunfall – jemand liegt im Spital» oder «Liestal – es hat einen Einbruch gegeben». Was man aber nie liest sind Eilmeldungen wie «Heute ist (schon wieder) nichts passiert», obwohl dies mehrheitlich der Fall ist. Wir alle sind Menschen und wir machen Fehler, auch bei der Wahrnehmung oder beim Denken. In der Psychologie gibt es die sogenannte Confirmation Bias die sagt, dass wir alle eine Neigung dazu haben, Informationen so zu ermitteln, auszuwählen und zu interpretieren, dass diese die eigenen Erwartungen erfüllen und bestätigen. Also wenn man schon das Gefühl hat, es könnte unsicher sein, dann fokussiert man sich auf die negativen Schlagzeilen über Delikte und findet seine Auffassung als bestätigt. Dann fehlen jedoch die anderen Informationen, dass es eben anders ist. Und darum ist dieser Bericht so wichtig und so gut, weil er eben einfach schwarz auf weiss aufzeigt, was Sache ist und dass es eben nicht so ist, wie man vielleicht das Gefühl hat. Der Bericht ist nicht nur ausführlich, sondern er geht offen und transparent damit um, dass die Stadt Liestal einige Punkte hat, bei denen nicht alles zum Besten ist. Das wird aber klar angesprochen und auch, was man dagegen machen kann und was die Auswirkungen sind. Die FDP/Mitte-Fraktion begrüsst diesen Bericht sehr. Beim zweiten Punkt, der Delegation der Bussenkompetenz, unterstützt die FDP/Mitte-Fraktion das auch. Wir sehen auch die Problematik, dass es teilweise mehr Personal braucht und die Kapazitäten der Stadt reduziert sind. Wir hätten uns allerdings bei diesem Thema eine ausführlichere Begründung gewünscht. Auch wir haben kurz erwogen, ob man eine zeitliche Limitierung einführen will. Wie wir jetzt zum Antrag der SP-Fraktion stehen, kann ich nicht sagen, da er kurzfristig gekommen ist. Die FDP/Mitte-Fraktion unterstützt beide Anträge des Stadtrates.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) möchte den Antrag der SP-Fraktion nochmals kurz einordnen. Der Antrag lautet, dass der Stadtratsantrag 2 mit dem Zusatz ergänzt wird. Bei der Abstimmung zum Antrag 2 wird entsprechend zunächst herausgefunden, welcher Antrag in die Abstimmung kommt, also der ursprüngliche oder derjenige mit dem Zusatz der SP-Fraktion. Das schon einmal zur Information.

Michael Durrer (GL) fragt, ob der Einwohnerrat einen Antrag des Stadtrates ändern kann. Ich hätte jetzt das Gefühl gehabt, dass der Stadtrat einen Antrag gestellt hat und das ist der Antrag des Stadtrates. Aus meiner Sicht müsste der Antrag der SP-Fraktion eher ein zusätzlicher Antrag sein.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) antwortet, dass darüber abgestimmt wird, ob der Stadtratsantrag oder der Antrag der SP-Fraktion zur Abstimmung kommen soll. Dies darf so gemacht werden.

Anja Weyeneth (SP) hat mit Freude aufgenommen, dass das Thema sehr ernst genommen wird. Ich hoffe, dass man es auch weiterhin so macht und dass es natürlich so bleibt. Ich appelliere auch an die Leute die Angst haben, zu schauen, wie sie damit umgehen können und es nicht einfach von sich schieben. Ich spreche hier also die Eigenverantwortung an. Ich habe mich dann aber noch gefragt, wie es dem Gewerbe geht. Dazu habe ich mit dem Wirt des La Bamba-Restaurant und des Kyoto-Restaurant gesprochen. Ich habe einfach einmal gefragt, wie es dort ist. Ich habe dann gemerkt, dass es nicht ganz so schön ist, wie wir es jetzt im Bericht haben lesen können. Ich weiss, es ist nicht aussagekräftig, weil es nur ein Restaurant ist, aber es ist doch gerade unmittelbar beim Wasserturmplatz. Er hat mir gesagt, dass er seit 2 Jahren mit diesem Thema kämpft. Er ist aber auch mit René Frei, dem Abteilungsleiter der Abteilung Sicherheit/Soziales, in Kontakt. Dies ist zwar gut, aber nichtsdestotrotz sagen viele Gäste, dass es zwar gut sei bei ihm, sie aber nicht mehr wieder kämen. Ein grosser Teil kommt wegen dem Cannabisgeruch nicht mehr. Das ist jetzt nicht unbedingt Sicherheit, aber hat natürlich auch damit zu tun. Nebst dem, dass es illegal ist, sagt er auch, dass es ihm sein Geschäft kaputt macht beziehungsweise sein Geschäft kaputt machen wird. Das ist natürlich ein Problem auch für die Attraktivität von Liestal und je nachdem auch mit Arbeitsplätzen verbunden. Es ist ein Dilemma zwischen dem Gewerbe und den Leuten, die am Rande der Gesellschaft stehen. Wir haben es gehört von Bernhard Bonjour (SP): Wir sind eine Stadt und darum wird es auch diese Leute geben. Ich mache dem Stadtrat beliebt, diesen Blickwinkel ebenfalls aufzunehmen, auch wenn schon ganz viel Gutes gemacht wird.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf die Frage von Michael Durrer (GL) betreffend dem Antrag der SP-Fraktion. Im Geschäftsreglement steht: «Sachanträge haben die Annahmänderung oder Verwerfung einer Vorlage oder eines einzelnen Teils einer Vorlage zum Gegenstand.». So wie ich es verstanden habe wäre der Antrag der SP-Fraktion der Antrag des Stadtrates plus ein Zusatz. Die beiden Anträge würden dann gegenübergestellt und gegeneinander ausgemehrt werden. Wenn ich es so richtig verstanden habe, ist dies alles konform.

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich herzlich für das positive Aufnehmen des Berichts. Es war uns ganz wichtig darzustellen, mit was wir täglich oder regelmässig konfrontiert sind. Der Bereich Sicherheit, das hat Domenic Schneider (GLP) in seinem Postulat schon ein bisschen dargelegt, ist ein sehr breiter Bereich. Es fängt an beim Littering und geht hin bis zum Gewaltdelikt. Da gehört alles dazu. Dann gehört auch noch die Feuerwehr und der Zivilschutz dazu. Es ist also ein grosser Bereich. Es ist auch schon gesagt worden, dass wir eine Stadt sind mit 16'000 Einwohnenden. Das zieht Leute an. Hier leben die unterschiedlichsten Menschen und Menschengruppen mit verschiedenen Bedürfnissen auf relativ engem Raum. Das haben wir versucht im Bericht abzubilden. Es gibt verschiedene Bedürfnisse und Problemstellungen und die versuchen wir anzugehen. Ich glaube, ihr habt es gut gesagt, dass Liestal ein sicherer Ort ist und man zu jeder Tag- und Nachtzeit durch Liestal laufen kann ohne Angst haben zu müssen, dass unserem Leib und Leben etwas passiert. Aber selbstverständlich

haben wir auch Kriminalität bei uns und wir haben Schwierigkeiten. Ich bin der Meinung, dass wir auch die Probleme wie diejenigen am Wasserturmplatz angesprochen haben. Wir haben verschiedenste Massnahmen getroffen in den letzten Monaten und haben immer wieder davon berichtet. Wir haben auch klar dargelegt, dass man Menschen nicht einfach wegweisen darf, nur weil sie vielleicht ein bisschen unsauber riechen oder ein bisschen anders aussehen. Auch darf man niemanden wegschicken, weil er möglicherweise zwischendurch einmal ausruft. Aber selbstverständlich sind wir dran. Wir haben es dennoch ausprobiert, um zu schauen, ob sie sich vielleicht einen anderen Platz suchen. Und wir haben durchaus auch schon mit denjenigen gesprochen, die am Wasserturmplatz ihr Geschäft haben. Aber, und das wird auch aus dem Bericht klar, es gibt nicht das eine Heilmittel. Wie du erwähnt hast, Daniel Jurt (SVP), müsste man einen Überwachungsstaat machen, wenn man gar keine Kriminalität wollte. Und selbst dann würde es wohl nicht ganz funktionieren. Wir haben viele Probleme, die wir nicht einfach lösen können. Aber wir hoffen mit Gesprächen gemeinsam auf einen guten Weg zu kommen. Ich muss auch sagen, dass es gerade mit den Leuten vom Wasserturmplatz ein extrem spannendes Gespräch gewesen ist. Die Bedürfnisse sind interessanterweise ganz unterschiedlich. Sie sind Teil der Gesellschaft und gehören auch hier im Zentrum hin. Aber ja, es gibt Probleme, vor allem wenn man zu viel Alkohol konsumiert hat. Da gibt es verschiedene Themen. Hier sind wir aber dran und versuchen Lösungen zu finden. Vielleicht schaffen wir es nicht, für jeden die optimale Lösung zu finden, was uns leidtut, aber wir bleiben dran und geben unser Bestes. Ein anderes Thema ist die Verteilung von Bussen. Das ist schon lange ein Anliegen von uns. Vor einigen Jahren wurde im Einwohnerrat beschlossen, dass wir die Kompetenz nicht an ein Unternehmen übertragen möchten. Wir haben es dann aber den Vertretern des Bereichs Sicherheit übertragen. Dies ist eigentlich auch eine gute Sache. Wir merken aber unterdessen, dass es nicht genügt. Ihr seht, was der Bereich Sicherheit alles bedeutet. Mein Bereichsleiter managt all dies und den Bereich Soziales auch gerade noch dazu, der ebenso gross ist. Ich denke, es ist nicht an meinem Bereichsleiter auf die Strasse zu gehen und die Velofahrenden, die verbotenerweise durch die Rathausstrasse fahren oder diejenigen, die ihren Müll auf den Boden werfen, zu büssen. Diese Zeit bräuchte er für andere Dinge und wir benötigen hier dringend Unterstützung. Was erst gerade in den Medien war, und darüber kann man denken was man will, ist, dass im Joggeli-Stadion jetzt scheinbar das Rauchen verboten wurde. Und wie war die Reaktion der Medien? Sie äusserten sich dahingehend, dass wenn man es nicht durchsetzen kann, man es gar nicht erst verbieten muss. Ich finde es ein bisschen eine eigenartige Haltung, die unsere Bevölkerung oder Teile der Bevölkerung hat, sogar die Medien: Dass man alles büssen muss, damit die Regeln eingehalten werden. Wir geben uns doch Regeln, dass wir gemeinsam leben können und nicht nur um Bussen zu verteilen. Aber es ist leider ein bisschen so, dass ohne Bussen von vielen Personen die Regeln nicht eingehalten werden. Und das ist für uns auch ein Grund für diese Regelung. Wir sehen es zum Beispiel am Feuerwerk an Silvester. Es ist schwierig, wenn mein Bereichsleiter einfach an einem Ort ist und es dann noch an anderen Orten knallt. Hier ist einfach Unterstützung erforderlich. Und ja, ich gebe recht, es wäre schön, wir hätten genug Polizistinnen und Polizisten, die das machen würden. Die sind aber gerade an Silvester mit anderem beschäftigt. Sie sind auch teuer, denn sie haben eine andere Ausbildung. Wir haben keine Gemeindepolizei mehr. Das muss man auch noch ein bisschen erklären. Wir haben einmal überlegt, was es heissen würde, wenn wir wieder eine Gemeindepolizei haben würden. Dann bräuchten wir für unsere Grösse der Stadt unterdessen 11 Personen. Das können wir schlicht nicht mehr finanzieren. Wir müssten dann Tag und Nacht abdecken können. Unsere Nachbargemeinden haben möglicherweise einen Gemeindepolizisten. In der Nacht ist es aber auch eine First Choice, wo er nachschauen geht und allenfalls einmal eine Ordnungsbusse ausstellt. Also wenn man es richtig machen will, braucht es sehr viele Leute und das ist entsprechend teuer. Mit der Kantonspolizei fahren wir sehr gut, die ist ein Drittel so teuer. Aber es ist nicht ihre Aufgabe, Abfallsünder zu büssen. Wir merken aber trotzdem, dass die sozialen Medien schon auch aufhetzen. Es ist trotzdem ein Eindruck, den man erhält, dass verdreckte Orte zu einem unsicheren Gefühl beitragen können. Deshalb ist es uns wichtig, dass wir dort ein bisschen Unterstützung bekommen. Ich persönlich hätte gar nichts dagegen, wenn man den Antrag der SP-Fraktion annehmen würde. Ich finde es schon auch wichtig, dass ihr Transparenz habt, was die Drittgeseellschaft macht. Wir sehen es in den Vereinigten Staaten, wie schnell es gehen

kann, dass die Demokratie verschwindet. Ich glaube, wir sind in Liestal nicht dort, aber wir wissen nie, was passiert. Von daher hätte ich kein Problem damit, wenn ihr das wolltet, dass man das immer unter Kontrolle behält.

Anita Baumgartner (GL) äussert sich, dass ihre Ansicht möglicherweise daran liegen kann, dass sie noch nicht im Einwohnerrat gewesen ist, als das Polizeireglement beschlossen wurde. Für mich erschliesst sich die Notwendigkeit der Delegation der Ordnungsbussenkompetenz allein aus dem Bericht heraus nicht. Für mich fehlt auch eine Abwägung der finanziellen Auswirkungen. Es wurde jetzt mündlich ausgeführt, dass es offenbar viel teurer wäre, wenn man eigene Ressourcen aufbauen würde. Das ist im Bericht aber nicht beziffert oder ausgeführt. Möglicherweise gäbe es auch andere Ansätze, dass man mit anderen Gemeinden zusammenspannt und mit ihnen einen Ordnungsdienst aufbaut, der trotzdem in der staatlichen Hand bleibt. Also ich habe persönlich einfach grosse Skepsis und würde es weiterhin nicht unterstützen, dass man die Ordnungsbussenkompetenz jetzt einfach so nur aufgrund des Berichts an Dritte auslagert.

Anja Weyeneth (SP) ist zu diesem Thema ebenfalls skeptisch und kann den Antrag nicht unterstützen, auch wenn er aus der SP-Fraktion kommt. Ich habe den Eindruck, dass es schwierig ist. Ich bedaure es, dass es keine Gemeindepolizei mehr gibt. Vielleicht müssen wir mal darüber oder über einen Ordnungsdienst, der mehrere Gemeinden beinhaltet, nachdenken. Ich kann meine Stimme dazu nicht abgeben.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die stadrätlichen Anträge abstimmen lässt.

://: Der stadrätliche Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2024-15a wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) leitet über zur Abstimmung über den zweiten Antrag.

Der Stadtratsantrag lautet: *Der Einwohnerrat ermächtigt den Stadtrat mit der Übertragung der Ordnungsbussenkompetenz an dafür nachweislich qualifizierte Dritte mit tadellosem Leumund.*

Der neue Antrag der SP-Fraktion ergänzt den Stadtratsantrag mit folgendem Satz: *Der Stadtrat berichtet jährlich im Amtsbericht über diese Übertragung und die praktische Anwendung der Ordnungsbussenkompetenz durch Dritte.*

Anita Baumgartner (GL) möchte wissen, ob es anschliessend nochmals eine Abstimmung über den ausgemehrten Antrag gibt? Ansonsten ist es nicht möglich, alles abzulehnen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) bejaht dies. Der Antrag wird nicht automatisch angenommen. Wir stimmen nun zunächst darüber ab, über welchen Antrag wir anschliessend abstimmen werden.

://: Dem Antrag der SP-Fraktion *«Der Stadtrat berichtet jährlich im Amtsbericht über diese Übertragung und die praktische Anwendung der Ordnungsbussenkompetenz durch Dritte.»* wird einstimmig zugestimmt.

Präsidium Philipp Franke (GL) erklärt, dass es nun bei der Schlussabstimmung darum geht, ob wir den soeben beschlossenen Antrag annehmen wollen oder nicht.

SCHLUSSABSTIMMUNG

://: Mit 17 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Stadtrat mit der Übertragung der Ordnungsbussenkompetenz an dafür nachweislich qualifizierte Dritte mit tadellosem Leumund ermächtigt. Gemäss Änderungsantrag der SP-Fraktion hat der Stadtrat jährlich im Amtsbericht über diese Übertragung und die praktische Anwendung der Ordnungsbussenkompetenz durch Dritte zu berichten.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Philipp Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19:56 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Philipp Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann